

Desintegration

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

Mai
2006

Inhalt:

Über Integrierer, Integrierte und zu Integrierende

von Johannes Gaab S. 3

Für bessere Integrationskurse

von Peter Weiß S. 5

... drohen, strafen, separieren, ausgrenzen, wegsperren, ausweisen!

Das bayerische Integrationsprogramm
von Oskar Brückner S. 6

Wider die Mär vom dreigliedrigen Schulsystem

von Günther Schedel-Gschwendtner S. 8

Ausgrenzen statt fördern!

Zur Entwicklung der Haupt- und Berufsschulbildung in Bayern
von Martin Proißl S. 9

Verstärkter Ausbau interkultureller Erziehung für Kinder und Jugendliche in Bayern

Petition des Forums Bildungspolitik S. 11

Aushang:

Wie Schulen gelingen:

Mit der Ganztagschule ernst machen S. 12

Integrationshürden wahrnehmen!

von Haci Erdogan S. 15

Tipps zum Thema

..... S. 16

Stopp – es reicht!

Gewaltprävention in der Grundschule
Aktive Grenzsetzungen mit Hilfe der Stoppband
von Judith Barnickel S. 18

Abpfeif – Schluss mit der Zwangsprostitution!

von Renate Oehler S. 20

Dies und Das

..... S. 21

Veranstaltungen

..... S. 22

Glückwünsche

..... S. 23

Kontakte

..... S. 24

Möglichkeiten eines Wissenschaftstarifvertrages

Wir wollen uns informieren, welche Regelungen der TVöD für den Wissenschaftsbereich bietet. Und wir wollen diskutieren, welche Aktivitäten wir für einen Wissenschaftstarifvertrag entfalten können. Referentin: **Dr. Claudia Kleinwächter** vom GEW-Hauptvorstand.

München, 11. Mai 2006

18.30 Uhr Gewerkschaftshaus

Weitere Informationen: sabineherzig@yahoo.com

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

67 Millionen Euro weniger sind im Haushaltsentwurf der Bundesregierung für Integrationskurse vorgesehen, das ist ein Minus von 33 %. Gleichzeitig wird von MigrantInnen unter Androhung von Sanktionen gefordert, sie müssten ihre Integrationsanstrengungen erhöhen. Während die Kürzung der Mittel für die Integrationskurse als winzige Meldung erschien (SZ vom 8.3.06), werden die Forderungen an die MigrantInnen in sämtlichen Medien durch ausführliche Berichte und Diskussionen u.a. über die Vorgänge an der Rütli-Schule begründet und vermittelt. Dies schafft eine Stimmung in diesem Lande, in der sich beispielsweise eine Frau Christiansen in ihrem sonntäglichen Rede-Club die Frage zu stellen traut, ob nicht der rassistische Überfall in Potsdam als Folge des Urteils im Ehrenmord-Prozess gesehen werden kann.

Und noch während der Staat sich als einer brüstet, der den Werten der Aufklärung verpflichtet ist – womit er auch seine konkreten Integrationsforderungen an die MigrantInnen begründet – beruft seine Familienministerin ein »Bündnis für Erziehung ein«, zu dem exklusiv die beiden großen christlichen Kirchen als Experten der Wertebestimmung geladen werden.

Kann dies alles anders verstanden werden, als ein Signal der Ausgrenzung jenen gegenüber, die man zur Integration auffordert? Respektvoller und friedfertiger Umgang miteinander ist auch davon abhängig, dass alle Menschen gleichermaßen das Gefühl haben können, sie seien willkommen und gleich viel wert, gleichgültig ob arm oder reich, mit oder ohne deutschen Pass? Wer diese Erfahrung nicht machen kann bleibt desintegriert. Und ein Staat, der diese Erfahrung nicht fördert, betreibt Desintegration, mögen seine PolitikerInnen das Wort Integration strapazieren, so lange sie wollen.

Karin Just

¹ Begründet wurde diese Kürzung damit, dass die Kurse deutlich günstiger seien, als geplant. Wen wundert's angesichts der Hungerlöhne, mit denen die LehrerInnen in diesem Bereich abgespeist werden!

Neues Gesetz (KiBiG) und die Folgen:

Liebe KollegInnen in den Tageseinrichtungen für Kinder, bereits jetzt erreichen uns z.T. unangenehme Nachrichten aus dem Kitabereich wie Stundenkürzungen, Entlassungen, Schließungen usw.

Bitte meldet Euch bei uns, wenn Ihr gravierende Folgen des neuen KiBiG in Eurer Einrichtung beobachtet, seien es Änderungen am Personalschlüssel, bezüglich der Gastkinderregelung, an den Öffnungszeiten, an der Bildungsarbeit mit Kindern und Eltern.

Sozialpädagogisches Büro der GEW

Kornmarkt 5-7 • 90402 Nürnberg

gew_sozpaed@t-online.de • Fax: 09 11/28 92 06

Impressum:

ISSN 0011-8311

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5440810 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de • www.bayern.gew.de
Redaktionsleiterin: Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar • ☎ 0 89-51 00 91 02 • Fax: 089-5 38 94 87
e-mail: KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle MitarbeiterInnen: Verena Escherich, Johannes Gaab, Hannes Henjes, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Doro Weniger.

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: Robert Michel; S. 5 Imago/Schöning
Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonates



Über Integrierer, Integrierte und zu Integrierende

Foto: imago/momentphoto/Killig

»Ausländer« werden – in jüngster Zeit in besonderem Maße – vorzüglich unter dem Blickwinkel der »Integrationsfähigkeit« wahrgenommen. Indem nun diese besonders diskutiert, ergo problematisiert wird, erscheinen Menschen, die aus anderen Ländern mit anderen Kulturen kommen, überwiegend als Problemfälle der Integration.

Dabei fällt in der öffentlichen Diskussion zweierlei auf:

- »Integration« wird als ein klar definiertes »Klassenziel« aufgefasst, das der »Ausländer« gefälligst zu erreichen habe. Zur Definition des Klassenziels gehört ein buntes Gemisch von »ausreichenden Deutschkenntnissen«, »gemeinschaftlichen Werten« und Fähigkeiten, groteske Fragebögen beantworten zu können.
- Von vornherein bleiben bei diesen Diskursen »die Ausländer« die Anderen, Fremden, deren Situation nur soweit zur Sprache kommt, wie sie als Beweis oder Beleg für bestehende Probleme herhalten kann.

Diese Doppelstrategie ist intellektuell und moralisch bequem – sie gehorcht der üblichen Denkfaulheit und sucht eventuelle Fehler bei den »Anderen« (was zu beweisen war, da ja Fehler nur bei problematischen Gruppen zu finden sind).

Als Nebeneffekt verschafft man sich auf diese Weise ein wohligh-heimeliges »Wir-Gefühl«. Dass solches sehr Not zu tun scheint, ließ sich an den Kampagnen zur Stärkung des Nationalitätsimages der letzten Monate sehen. Hier wurde der alte nationalromantische Mythos vom organischen Volkskörper beschworen.

Integration hat, so stellt es sich bei näherem Hinsehen dar, also etwas mit Einverleibung – und komplementär – mit Gefressenwerdenkönnen zu tun. Und vermutlich stellen sich viele unter der Integrationsfähigkeit eines Menschen so etwas wie seine soziokulturelle Verdaulichkeit vor. Da ist es dann wenig verwunderlich, wenn es zu Verdauungsproblemen kommt.

Bezeichnenderweise hat niemand von denen, die so reden, direkten Kontakt zu den Menschen, die als Objekte eines solchen Verdauungsprozesses vorgesehen sind.

Schlechte Lernbedingungen

Dagegen ist die Lebenswirklichkeit der Menschen, die aus den verschiedensten Gründen hierher gekommen sind und nun vor der nicht eben leichten Aufgabe stehen, in diesem Land zurechtzukommen, von den Anmutungen gesellschaftspolitischer IntegrationstheoretikerInnen himmelweit entfernt.

Seit Januar 2005 sind Integrationskurse für alle Pflicht, die von außerhalb der EU neu nach Deutschland kommen, um hier zu leben. So finden sich in den Kursen Menschen verschiedenster Herkunft, Biografie, Sozialisierung, Bildungsgrade und Kultur mit einer Altersspanne von 16 bis 76 Jahren.

Innerhalb von 600 Stunden soll in Gruppen mit bis zu 25 KursteilnehmerInnen so viel Deutsch gelernt werden, dass die TeilnehmerInnen in der Lage sind, eine anspruchs-

volle Zertifikatsprüfung zu schaffen, die dokumentieren soll, man könne in allen relevanten Alltagsbereichen sprachlich bestehen.

Frauen beispielsweise, die mit 40 oder 50 Jahren erstmals die Möglichkeit haben, lesen und schreiben zu lernen, ein ganz neues Selbstbewusstsein zu entwickeln, am Schulgeschehen ihrer Kinder teilzunehmen, werden mit ebenfalls dürftigsten 600 Stunden Unterricht abgespeist und dann auf halbem Weg fallen gelassen.

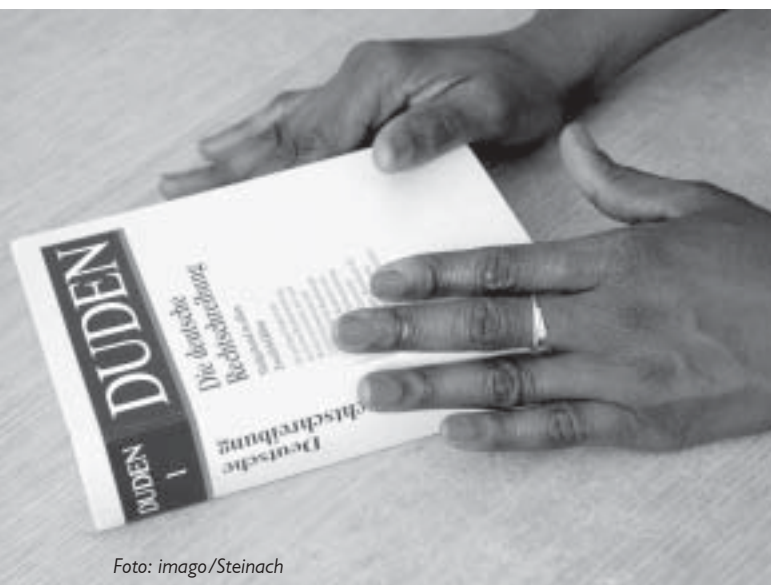


Foto: imago/Steinach

Der Lernprozess, der in diesen 600 Stunden den TeilnehmerInnen abverlangt wird, dürfte an Komplexität andere, wie in der Schule und im Studium, weit übersteigen. Denn hier wird nicht einfach ein neues Wissensgebiet vermittelt. Zugleich müssen die KursteilnehmerInnen sich an eine ihnen meist völlig ungewohnte Lernkultur gewöhnen, sind doch die pädagogischen und didaktischen Konzepte in ihren Heimatländern häufig gänzlich verschieden von den hiesigen.

Da der Unterricht prinzipiell in der Zielsprache erfolgt, sehen sie sich anfänglich zunächst einmal im Zustand der Sprachlosigkeit. Das damit verbundene Gefühl der Ohnmacht, Hilflosigkeit und des Ausgeliefertseins stellt schon an Erwachsene mit stabiler Konstitution hohe Anforderungen.

Während im Unterricht die Lehrkraft noch helfend zur Seite steht, fehlt solche Unterstützung im übrigen Alltag, z.B. bei Behördengängen etc., oft ganz. Auf die emotionale Unterstützung durch die Familie muss häufig verzichtet werden, da wichtige Bezugspersonen (Eltern, Geschwister, Kinder) zurückgelassen werden mussten.

Da für die Vermittlung der Sprachkenntnisse nur sechs Monate vorgesehen sind, also sehr wenig Zeit bleibt, ist der Unterricht auf Vermittlungsmodelle angewiesen, die ein hohes Abstraktionsniveau besitzen, das zu interpretieren selbst erst gelernt werden muss. So ist es beispielsweise bezeichnend, wenn nach zwei Monaten dann die große Heiterkeit auslösenden gegenseitigen Berichte über Deutsche

einsetzen, die keine Ahnung davon haben, was ein Akkusativ ist und auf welche Weise ein Nebensatz funktioniert. Gelernt wird also nicht nur die richtige Anwendung, sondern zugleich dessen Theorie. Nach Aristoteles zeichnet das den Wissenschaftler gegenüber dem bloßen Handwerker aus. Zu solcher Überlegenheit sind die KursteilnehmerInnen aus Gründen der Lernökonomie gezwungen, die freilich ihre eigenen hohen Anforderungen stellt.

Verunsicherung

Natürlich beschränkt sich der Erwerb einer Sprache nicht auf das Erlernen grammatischer Regeln und vieler Wörter. Man übernimmt damit eine neue Weltsicht und Logik, mit dem oft erfahrenen Risiko, dass die ursprüngliche Verwurzelung in der Muttersprache plötzlich nicht mehr sicher erscheint – man fühlt sich sprachlich und kulturell zwischen allen Stühlen. Zur sozialen Entwurzelung kommt dann die mentale Verunsicherung über die eigene Identität. »Ich weiß gar nicht mehr, wie das in meiner Muttersprache heißt.«

Genauso tief greifen der Erwerb und die Angewöhnung sozialer Strategien, die eng an entsprechende sprachliche Formen gebunden sind und deren Beherrschung für soziale Interaktionen – vom Gespräch mit dem Nachbarn bis zum Bewerbungsgespräch – unumgänglich und keinesfalls selbstverständlich ist. Das reicht von der angemessenen Satzmelodie bis zu Aspekten nonverbaler Kommunikation, die über Höflichkeit und Unhöflichkeit entscheiden wie zum Beispiel: Wann schaue ich wem wie lange in die Augen?

Dies alles findet vor einem Hintergrund statt, der überdurchschnittlich stark von Krankheit, Wohnproblemen und finanziellen Schwierigkeiten überschattet ist.

Schwerstarbeit

Das Zurechtkommen mit diesem Aufgabenkomplex bedeutet seelische und mentale Schwerarbeit. Dabei ist die Atmosphäre in den Integrationskursen geprägt von Eifer, Engagement und gegenseitiger Hilfsbereitschaft, die ihresgleichen in der gesamten deutschen Gesellschaft nicht zu finden sein dürfte. Dank oder trotz der ungeheuren kulturellen, intellektuellen, religiösen und sozialen Heterogenität innerhalb dieser Kurse dürfte es in ganz Deutschland kaum Orte geben, an denen mehr Toleranz, gegenseitige Wertschätzung und Heiterkeit herrscht als in diesen Kursen. Das mag auch unter Mitwirkung kompetenter Lehrkräfte erst herauszubilden sein, zeigt aber, was Integration gesamtgesellschaftlich bedeuten könnte und sollte: gegenseitige Wahrnehmung und Wertschätzung des Anderen beim Finden einer gemeinsamen Sprache für die Vielfalt unserer Welt.

Da hier nicht zuletzt auf politischer Ebene große Defizite auszumachen sind, wäre eine Teilnahmepflicht für BerufspolitikerInnen an Integrationskursen eine ernste Überlegung wert. Davon sind wir leider Lichtjahre entfernt. Um den Fremden auch in Zukunft fremd bleiben zu können, ist es zweifellos nützlicher, diese zu bloßen Objekten einer zu

forcierenden Sicherheitspolitik zu machen und parallel, wie geschehen, die Mittel für die Integrationskurse um 65 Millionen Euro zu kürzen. Dies, obwohl die finanzielle Ausstattung der Integrationskurse ohnehin schon so miserabel ist, dass die meisten Träger sich mittlerweile entweder aus dieser Arbeit zurückziehen, von ihrer Substanz leben oder ganz dicht machen.

Von den Lehrkräften ganz zu schweigen: Sie, die die Hauptarbeit in einer Sache leisten, die zum Grundmodell eines neuen gesellschaftlichen Miteinanders werden könnten, werden mittlerweile mit Honoraren entlohnt, die oft noch unter denen von Reinigungskräften und RegalauffüllerInnen liegen.

Am Ende bleibt Ratlosigkeit. Kaum bleiben da noch die Forderungen von SpitzenpolitikerInnen und öffentlicher Meinung verständlich, die mehr »Integrationswilligkeit« seitens der »Ausländer« einfordern. Handelt es sich hier um Heuchelei oder blanke Unwissenheit? Oder einfach um ein selbstgerechtes Nichtwissenwollen? Gescheiterte PolitikerInnenbildung lässt hier die notwendige Bildungspolitik scheitern.

von Johannes Gaab, M.A.

Dozent in Integrationskursen
Mitorganisator der »Aktion Butterbrot«
Mitglied der DDS-Redaktion



Für bessere Integrationskurse

Arbeitstagung plant und organisiert Kampagne

Die Not in den Integrationskursen ist groß. Lehrkräfte sind in aller Regel miserabel bezahlt, Teilnehmende klagen über Behördenruck und dadurch bedingtes schlechtes Lernklima, Träger kämpfen u.a. mit übermäßiger Bürokratie und mangelhafter Finanzierung. Die Kritik an den Verhältnissen ist zu bekräftigen und zuzuspitzen, um die Integrationskursverordnung zu verbessern und eine Novelle des Zuwanderungsgesetzes zu fordern.

Zu diesem Zweck bereiten die südlichen Landesverbände der GEW ein Arbeitstreffen vor, das am 20. Mai 2006 beim GEW-Hauptvorstand in Frankfurt-Rödelheim stattfinden wird. Von 11.00 bis 13.00 Uhr beraten die GEW-Mitglieder intern über ihren Aufruf und über ihren Beitrag zur Kampagne gegen die Arbeitsbedingungen in den Integrationskursen. Von 14.00 bis 16.00 Uhr sind VertreterInnen vom Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (BBB), Verband Deutscher Privatschulen (VDP) und Deutschen Volkshochschul-Verband (DVV) eingeladen, um über ein gemeinsames Vorgehen von ArbeitgeberInnen und GEWerschaft zu beraten. Selbstverständlich können auch weitere ArbeitgeberInnen, etwa aus lokalen oder regionalen Zusammenschlüssen, teilnehmen.

Neu ist die Idee, auch die RepräsentantInnen von Ausländerbeiräten hinzuzuziehen. Dies gilt bisher für den Vorsitzenden der Frankfurter Kommunalen Ausländervertretung (KAV) und wahrscheinlich für den hessischen. Soweit es in anderen Städten oder Bundesländern entsprechende Verbindungen gibt, sollten sie genutzt werden.

Die GEW Hessen entwirft eine Resolution (Grundlage ist die bayerische Erklärung vom Herbst 2005, siehe DDS Dezember 2005, S. 13 f.) sowie ein Konzept für eine Broschüre. Beides

wird vorher verschickt, damit die Debatte darüber vorbereitet und zügig geführt werden kann. Ferner wird ein Text für eine bundesweite Unterschriftensammlung vorbereitet, der von der Versammlung beschlossen werden soll.

Baden-Württemberg hat einen Vorschlag für eine Plakataktion entwickelt. Die Motive sollen bis zum Volkshochschultag im Mai vorliegen und für die Unterschriftensammlung verwendbar sein.

Die hessische GEW-Pressestelle versucht, JournalistInnen zu gewinnen, sich einen Tag lang den Integrationskursalltag bei einem/r unserer KursleiterInnen anzuschauen. Diese Anregung sollte auch in anderen Landesverbänden geprüft und nach Möglichkeit umgesetzt werden.

Die gesammelten Unterschriften sollen in einer spektakulären Aktion übergeben werden. Unklar ist noch, wie mit

ArbeitgeberInnen kooperiert werden kann. Vorgeschlagen ist ein gemeinsamer Radiospot.

In Frankfurt bereiten GEW und Kommunale Ausländervertretung ein Hearing zu Einbürgerungstests vor. In der zweiten Septemberhälfte soll es ein weiteres Hearing zu den Integrationskursen geben. Ein vergleichbares Vorgehen ist möglicherweise auch in anderen Städten möglich.

Wer aus Bayern zur Arbeitstagung fahren will, melde sich bitte umgehend in der Landesgeschäftsstelle oder im Büro für Weiterbildung bei Peter Weiß:

Tel. mobil (01 60) 96 84 47 63 • E-Mail: gew.peter.weiss@freenet.de

von Peter Weiß

Organisationssekretär für Weiterbildung der GEW Bayern



Das bayerische Integrationsprogramm:

... drohen, strafen, separieren, ausgrenzen, wegsperren, ausweisen!

Einige HauptschülerInnen der Berliner Rütli-Schule haben es geschafft, dass namhafte UnionspolitikerInnen – allen voran Edmund Stoiber – deutlich zeigen, was sie unter »Integration« verstehen:

»Nicht wir müssen uns an Sitten und Gebräuche von Gästen anpassen, sondern wer von auswärts kommt, muss sich unseren Sitten und Gepflogenheiten anpassen.« zitiert eine Pressemitteilung der Bayerischen Staatskanzlei vom 4. April unseren Ministerpräsidenten.

Integration oder Assimilation?

»Integration meint nach sozialpolitischem Verständnis den Prozess, durch den bisher außen stehende Perso-

nen oder Gruppen zugehörige Glieder einer größeren sozialen Gruppe oder ebenso Gesellschaft werden sollen. Es handelt sich dabei nicht nur um eine reine Assimilation (völlige Anpassung) an ein schon bestehendes »Ganzes«, sondern um die kombinatorische Schaffung eines neuen Ganzen unter Einbringung der Werte und Kultur der außen stehenden Gruppe in die neue Gesellschaft, bei Erhalt einer eigenen »Identität«, lässt sich dem Lexikon entnehmen.¹

Stoiber & Co. sprechen also von »Integration«, meinen aber »Assimilation«, die einseitige Anpassung einer Minderheit an ihr soziales Umfeld.²

Man kann wohl unterstellen, dass solch unkorrekte Definition des Integrationsbegriffs keiner Bildungslücke des Dr. Stoiber geschuldet ist. Wenn ein Politiker, der durchaus in der Lage sein müsste, den Integrationsbegriff aus seiner lateinischen Herkunft her richtig zu interpretieren, sich solch falscher Auslegung bedient, muss man dahinter eine bestimmte Absicht vermuten. In Verbindung mit den Maßnahmen, die das bayerische Kabinett unter dem falschen Etikett »Bayern intensiviert die Integration« in die Wege leiten will, lässt sich diese Absicht ahnen. Es geht darum, diese Maßnahmen zu legitimieren. Denn wenn »Integration«

eine einseitige Anpassungsleistung bedeutet, die den MigrantInnen von Stoiber auch als »Bringschuld« zugeschrieben wird, ist unsere Gesellschaft nicht nur von jeglicher Verantwortung entlastet, sondern auch berechtigt, MigrantInnen zu bestrafen, wenn sie diese Leistung nicht in der von ihnen eingeforderten Weise erbringen bzw. aus eigenen Anstrengungen nicht erbringen können.

Sanktion statt Förderung

Diesem Muster entspricht, dass einer der am häufigsten verwendeten Begriffe in der Presseerklärung auch »Sanktion« ist. Dringend nötige, sinnvolle Sprachförderung, die auf wirkliche Integration zielt, müsste Mo-

tivation fördern. »Bayern intensiviert Integration« bedeutet aber vor allem, dass ein Strafkatalog erstellt wurde, der die Mängel des bayerischen Bildungssystems der individuellen Verantwortung der MigrantInnen unterschiebt und mit »konkreten persönlichen Sanktionen gegen Eltern und Jugendliche bei Verweigerung der Integration« droht.

Zu diesem Zweck soll das Bayerische Erziehungs- und Unterrichtsgesetz – gemäß einer Vorlage von Kultusminister Schneider – zum kommenden Schuljahr u.a. in folgenden Punkten geändert werden:

1. Bei allen ausländischen Kindern in Bayern wird künftig ein Jahr vor der Einschulung mit einem Sprachtest geprüft, ob sie Deutsch können.

Stoiber erläuterte in der Pressekonferenz, es werde nicht die vollständige Beherrschung der deutschen Sprache verlangt, sondern »nur«, dass das Kind dem Unterricht folgen könne.

2. Bei Nichtbestehen des Sprachtests müssen die Kinder im letzten Kindergartenjahr an einer Sprachförderung im Umfang von 160 Stunden teilnehmen.

Deutschförderung im Kindergarten ist außerhalb Bayerns längst Praxis. Es ist also längst überfällig, dass Bayern



¹ www.lexikon.com

² Dabei ist die deutsche Bevölkerung in ihrer regionalen Unterschiedlichkeit und Vielfalt der beste Beweis, dass die Integration unterschiedlicher Sitten und Kulturen eine normale, lebendige Weiterentwicklung ist, dass Integration einen gegenseitigen Prozess und gegenseitiges Verständnis und Aufeinanderzugehen erfordert.

diese einführt. Aber wie sieht das Konzept aus? Von den vier Wochenstunden in Bayern übernehmen ErzieherInnen zwei Stunden – zusätzlich zu ihren anderen Aufgaben. Zwei Stunden erteilen GrundschullehrerInnen, in der Regel ohne Ausbildung in Deutsch als Zweitsprache. *Diese Förderstunden werden der Grundschule von ihrem Sprachförderkontingent abgezogen!* Unter den Kindern von MigrantInnen gibt es sicher nicht wenige, die überhaupt kein Deutsch sprechen und von ihren ebenfalls nicht Deutsch sprechenden Eltern, beim Deutsch Lernen kaum unterstützt werden können. Die »gezielte Sprachförderung« des Kultusministeriums für diese Kinder geschieht 40 Wochen lang zu je vier Stunden *ohne ausreichendes und qualifiziertes Fachpersonal und ohne zusätzliche Finanzierung* Wer verweigert hier die Integration?

In Finnland z.B. erhalten Kinder von MigrantInnen je nach Bedarf über mehrere Jahre bis zu 20 Wochenstunden Sprachförderung, die für die TeilnehmerInnen kostenlos ist.

3. Kinder, die den Sprachtest nach einem Jahr trotz Sprachförderung wieder nicht bestehen – »immer noch nicht ausreichend Deutsch können« –, werden nicht mehr in eine reguläre Grundschule, sondern in Förderschulen »in spezielle sonderpädagogische Diagnose- und Förderklassen« eingeschult.

Welche »Behinderung« soll dort wohl bei fünfjährigen Kindern, die in 160 Stunden nicht Deutsch lernen konnten, diagnostiziert werden? Dass es weniger um Förderung als um Ausgrenzung geht, muss man vermuten: Stoiber redete zwei Tage lang von »Sonderschulen«, Kultusminister Schneider von »Diagnose- oder Förderklassen«. Wie fördert man Integration durch erzwungene Selektion und Separierung?

4. Ausländische Eltern, die ihre Kinder nicht am Sprachtest und am Deutschkurs teilnehmen lassen, werden künftig mit einem Bußgeld bestraft. Jenen Eltern, die dies nicht zahlen können, werden die Sozialleistungen gekürzt.

Grundschulen in ganz Bayern werden die Ausländerbehörden informieren, wenn ein ausländisches Kind nicht ausreichend Deutsch spricht. Die Ausländerbehörde kann die Eltern dann zu einem Integrationskurs verpflichten.

Stoiber forderte die ausländischen Eltern auf, »dafür zu sorgen, dass ihre Kinder gut Deutsch lernen. Die Eltern dürfen die sprachliche Förderung ihrer Kinder nicht allein auf die Schule und den Staat abschieben.« Unabhängig von ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft und unabhängig davon, ob sie dazu überhaupt in der Lage sind, wird den Eltern diese Verantwortung zugeschoben. Gleichzeitig wird das Angebot an Beratung, Hilfen und Unterstützungssystemen, die Menschen brauchen, die sich in einem fremden Land integrieren sollen, finanziell ausgetrocknet. Das bayrische Schulsystem setzt grundsätzlich die ergänzende Bezahlung von Nachhilfestunden durch die Eltern voraus.

Können sich diese das nicht leisten, drohen ihnen künftig Strafen und Zwang.

5. Sanktionen gegen notorische UnterrichtsstörerInnen: SchulleiterInnen erhalten das Recht zum sofortigen vorläufigen Schulausschluss. Massiv störende SchülerInnen können bereits nach acht Schuljahren vorzeitig entlassen werden.

Kein »notorischer Störer« wird als solcher geboren. Negative Entwicklungen von Kindern und Jugendlichen haben lange Entstehungsgeschichten mit meist vielerlei Ursachen. Aber die Ursachen interessieren den Ministerrat nicht, auch nicht den Pädagogen Schneider. Einfacher als Ursachensuche und -bekämpfung ist es, die Eltern und die Jugendlichen als allein Schuldige auszumachen und auszuschließen, von der Schule, von Lehrstellen und von der Arbeitswelt, von jeglicher Zukunftsperspektive.



Foto: Imago/Steinach

Wo war die frühzeitige und vorbeugende Familien- und Kinderberatung, die individuelle Förderung nach einem Bildungs- und Erziehungsplan in einer Kindertagesstätte? Wo waren die Unterstützungs- und Fördersysteme in den Schulen?

Muss denn wirklich immer wieder daran erinnert werden, dass besonders in Bayern ein erhebliches Defizit bei der Bildungsgerechtigkeit besteht, bei dem die ethnische und soziale Herkunft stärker über den Schulerfolg entscheidet als in jedem anderen Bundesland? Unser Schulsystem erzeugt durch seine systematische Ausgrenzung eine Mixtur von Frustration, Misserfolgerlebnissen und Perspektivlosigkeit, die Resignation und Gewaltbereitschaft verstärken. In den Hauptschulen konzentrieren sich Jugendliche mit vielfältigen und sehr unterschiedlichen Problemen. Kinder aus bildungsarmen Elternhäusern, Kinder von Eltern mit instabiler Psyche, milieugeschädigte Kinder, ungeliebte Kinder, verhaltensauffällige sowie seelisch oder sinnesgeschädigte Kinder in unterschiedlichster Ausprägung kommen in überproportional großen Anteilen in einer Halbtagschule zusammen, deren Personal-, Organisations- und Konzeptionsstruktur die gleiche ist wie die einer Realschule in

bevorzugter Wohnlage. Die Behauptung, hier könnten sie »begabungsgerecht« besonders gefördert werden, ist wissenschaftlich und durch die Wirklichkeit vielfach widerlegt.

Die GEW Bayern weiß, warum sie ein integriertes Schulsystem fordert. Nicht aus ideologischer Verbohrtheit, wie man uns unterstellt, sondern aus Gründen der Chancengleichheit. In einer Schule für alle Kinder kann Demokratie und soziales Verhalten gelernt und gelebt werden. Dort gibt es Unterstützungsangebote für SchülerInnen und Lehrkräfte. Andere Professionen wie PsychologInnen, SozialpädagogInnen oder SozialarbeiterInnen sowie SonderpädagogInnen dürfen nicht erst im Katastrophenfall eingesetzt werden, sondern müssen den Schulen dauerhaft präventiv zur Verfügung stehen.

Finnland zeigt: Es geht!

In Finnland wird der Verfassungsgrundsatz »Gleiche Bildungsmöglichkeiten für *alle* Bürger, unabhängig von Alter, Wohnort, wirtschaftlicher Situation, Geschlecht und Muttersprache« *absolut ernst* genommen. Der Staat und alle öffentlichen Stellen wollen ihn im Bildungssystem verwirklichen. Die Förderung und Unterstützung jedes Kindes beginnt mit der Schwangerschaft der Mutter. Es folgt ein kos-

tenloses, *flächendeckendes*, umfassendes und vernetztes Betreuungs-, Beratungs- und Unterstützungssystem aller Professionen von hoher Qualität für Kinder *und* Familien. *Alle* Einrichtungen der Gesundheitspflege, der Sozial-, Jugend- und Familienhilfe und der Bildung arbeiten zusammen und tauschen sich institutionell und regelmäßig aus. *Von Anfang an* sollen entwicklungsbedingte oder sozioökonomische Unterschiede ausgeglichen und der Entstehung von Lernschwierigkeiten vorgebeugt werden. Das Netz an flexiblen und sehr effektiven Unterstützungssystemen setzt sich über die Kindergärten und Schulen bis zur Universität fort. Das Organisationsprinzip ist dabei gegenseitiges *Vertrauen und Flexibilität*. Es gibt *keine hierarchischen Strukturen*. Die Schulaufsicht wurde 1990 ersatzlos abgeschafft.

Der Hinweis auf Kosten und angeblich leere Staatskassen braucht gar nicht erst bemüht werden. Wer rechnen kann, investiert rechtzeitig. Finnland gibt insgesamt nicht sehr viel mehr Geld für Bildung aus als Deutschland. Prävention kommt eben billiger als nachträgliche teure Reparaturen und schafft ein menschlicheres Dasein.

von Oskar Brückner

Vorsitzender der GEW Bayern



Zwischenruf:

Wider die Mär vom dreigliedrigen Schulsystem

Liebe PolitikerInnen, Medienverantwortliche und PädagogInnen!

Warum behauptet Ihr wider besseres Wissen, dass die schulische Selektion mit der Sortierung der 10-Jährigen beginne?

Wißt Ihr wirklich nicht, dass Selektion ihre Wurzeln schon lange vor der Schulzeit hat, dass gerade die allgemein existierende Form der Grundschule bereits auf dieser Selektion aufbaut bzw. sie jeweils voraussetzt – oder wollt Ihr es nicht wissen?

In Bayern gilt schon immer, dass es weder den Kindergarten noch die Grundschule für alle Kinder gibt. Vielmehr wird beginnend ab dem 3. Lebensjahr eine immer wachsende Zahl von Kindern als »schwierig«, »behindert« oder »von Behinderung bedroht«, aber auch »teilleistungsgestört« aus den Regeleinrichtungen ausgegrenzt und an sog. Schulvorbereitende Einrichtungen (SVE) – in Bayern bereits Teil des Sonderschulsystems – abgegeben; integrative Kindergärten bilden bei uns Inseln und finden keine Fortsetzung in den normalen Grundschulen.

Die bayerische Grundschule wiederum wird durch ein perfektes System von Förderschulen bzw. Förderzentren mit sog. Dia-Fö-Klassen (Diagnose- und Förderklassen) entlastet, um so mit schnellen Schritten und lernzielgleich auf die vordergründig beklagte Selektion (nach dem 4. Schuljahr) fortzuschreiten.

Nur unter solchen Bedingungen können in Kindergärten und Grundschulen derart schlechte Personalschlüssel bzw. Riesenklassen existieren, und kann sich individualisierte Pädagogik nicht entfalten.

Es ist diese Selektion von Anfang an, die letztlich die bildungspolitisch angeprangerte soziale Auslese stützt und ständig neu hervorbringt.

Wer aber die empirisch belegte Selektion von Anfang an in allen Bundesländern (wenngleich in verschiedenen Ausmaßen)

nicht zur Kenntnis nimmt, der leistet der von Euch beklagten Selektion Vorschub, denn die Grundschule, die nirgends eine Schule für alle ist (bzw. sein soll), gibt eben das Lerntempo und -niveau für alle gleich vor und ist dadurch Zubringer für die weiterführenden Schularten.

Diese erste und folgenschwerste Selektion vor Schuleintritt betrifft bei uns bis zu 10 % eines Jahrgangs und wird zur Zeit durch Sprachkurse und -tests im Kindergarten noch ausgebaut. Das System der Sonder- bzw. Förderschulen entlastet und stabilisiert die lernzielgleiche Grundschule und damit die zweite Selektionswelle.

Wir fragen uns immer wieder, warum wider besseres Wissen die Selektion vor und neben der Grundschule gezeugnet wird. Passt sie nicht in den linken Mainstream bzw. die »political correctness« oder fehlt es den KritikerInnen an eigenen sozialen Erfahrungen mit Kindern mit Behinderung oder besonderen Bedürfnissen?

Selbst wenn man das Schicksal der frühzeitig von den übrigen Kindern isolierten und ausgesonderten Kinder nicht näher kennt, muss man doch im Interesse aller Kinder gegen diese Selektion von Anfang an und für integrative Kindergärten und Grundschulen eintreten.

Fazit: Die Rede vom »dreigliedrigen Schulsystem« diskriminiert nicht nur 10 % unserer Kinder, sondern auch das gerechte Anliegen von »einer Schule für alle«!

von Günther Schedel-Gschwendtner



Foto: Robert Michel

Ausgrenzen statt fördern!

Zur Entwicklung der Haupt- und Berufsschulbildung in Bayern

Sprachlicher »Ausrutscher« oder bildungspolitische Programmatik?

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber erklärte in seiner diesjährigen Rede zum Politischen Aschermittwoch: »Wer nicht Deutsch kann, kommt nicht rein, und wer nicht mitmacht, fliegt raus«. In der aktuellen Integrations-Diskussion beweist sich, dass dieser Satz, gemünzt auf das bayerische Schulsystem, leider nicht als billige Rhetorik oder gar als sprachlicher »Ausrutscher« abgetan werden kann. Er stellt vielmehr den bildungspolitischen Grundsatz der gegenwärtigen bayerischen Landespolitik dar. SchülerInnen, die nicht ausreichend Deutsch können, beginnen ihre Schullaufbahn in Bayern nicht in der Regel-, sondern in der Förderschule. Nachdem sie in der Vorschulerziehung überhaupt keine ernsthafte Sprachförderung erhalten haben, werden sie – defizitorientiert – bereits zu Beginn ihrer Schullaufbahn ausgegrenzt. Sie kommen erst gar nicht »rein« in die Grund-, sprich: Regelschule (vgl. »Integration auf Bayerisch« in der März-Ausgabe der DDS, S. 16).

Nun soll auch der zweite Teil des zitierten Satzes Wirklichkeit werden: »Wer nicht mitmacht, fliegt raus«. Aus der Staatskanzlei wurde ein Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen in den Landtag eingebracht, der es ermöglichen soll,

HauptschülerInnen ab deren siebtem Schulbesuchsjahr »dauerhaft« vom Unterricht auszuschließen.

Schulpflicht und Bildungsrecht sollen nicht mehr »zwei Seiten einer Medaille« sein

»Dauerhaft« heißt, dass die LehrerInnenkonferenz »im Einvernehmen mit dem Jugendamt« den Schüler bzw. die Schülerin »bis zum Ablauf des laufenden Schuljahres« vom Schulunterricht ausschließen können soll. Eine den betreffenden SchülerInnen angemessene Sonderbeschulung ist offensichtlich nicht vorgesehen. Die Möglichkeit des dauerhaften Unterrichtsausschlusses betrifft nicht nur Hauptschulen, sondern auch die Berufsschulen sowie Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung mit Vollzeitunterricht. Damit nicht genug: Die Schulaufsichtsbehörde kann »im Einvernehmen mit dem Jugendamt«¹ entscheiden, dass »die Vollzeitschulpflicht der Schülerin bzw. des Schülers mit Ablauf des achten Schulbesuchsjahres beendet wird«. Damit verliert der Schüler bzw. die Schülerin auch die Berufsschulpflicht, sollte er/sie noch nicht an einer Berufsschule aufgenommen sein. Doch selbst die Aufnahme an einer Be-

¹ Wie immer auch die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt konkret geregelt wird, es entstehen mit Sicherheit zusätzliche Kosten für die Jugendhilfe.

rufsschule stellt keinen Schutz vor Ausgrenzung dar. Auch Schülerinnen und Schüler, die bereits an einer Berufsschule aufgenommen wurden, können ihre Berufsschulpflicht verlieren, es sei denn, dass sie bereits in einem Ausbildungsverhältnis stehen.

Problematische Folgen dieser Schulrechtsänderung

Jeder denkende Mensch kann sich an zwei Fingern abzählen, welche problematischen Folgen die Umsetzung dieses Gesetzentwurfs haben muss. Die vollständige Ausgrenzung schwacher Schülerinnen und Schüler aus unserem Schulsystem wird zunehmen. Gab es bisher nur die Möglichkeit, keine Schulzeitverlängerung zu gewähren bzw. eine Schulzeitverlängerung zu beenden, so können fortan Schülerinnen und Schüler bereits ab dem siebten Schulbesuchsjahr dauerhaft vom Unterricht ausgeschlossen, oder, mit dem Ende ihres achten Schulbesuchsjahres, ihrer Schulpflicht, das heißt ihres Schulrechts beraubt werden.

Die Haupt- und Berufsschulen, die gegenüber den weiterführenden Schulen insofern »benachteiligt« sind, dass sie schwache Schülerinnen und Schüler nicht einfach »nach unten« abschieben können, werden – aller Wahrscheinlichkeit nach – ihre schwächsten SchülerInnen verstärkt ins gesellschaftliche Nichts entlassen. Wo sollen diese Jugendlichen hin? Zynisch könnte man argumentieren, dass dadurch immense Folgekosten im Bereich von Strafjustiz und Strafvollzug, aber auch im Bereich der Psychiatrie und des Gesundheitswesens entstehen müssen. Ohne Zynismus, sondern humanistisch gesprochen, kann man sagen, dass das elementare Recht auf Bildung, das grundsätzlich allen Mitgliedern der Gesellschaft zusteht, für einige Gesellschaftsmitglieder abgeschafft werden soll. Die Entsprechung von Pflichten und Rechten soll aufgegeben werden. Spekulationen über mögliche rassistische Hintergründe dieser bayerischen Bildungspolitik überlasse ich der Leserin/dem Leser. Festgehalten werden muss jedoch, dass die bayerische Bildungspolitik mit diesem Gesetzentwurf

sogar noch hinter die liberale Ideologie der Chancengleichheit zurückfällt (die in der Klassengesellschaft freilich von Anfang an Ideologie war). Bestimmten Schülerinnen und Schülern soll in Zukunft bereits ab dem siebten Schulbesuchsjahr die Chance geraubt werden, einen Hauptschulabschluss zu erwerben. Nur dieser Abschluss würde ihnen wenigstens die Möglichkeit eröffnen, eine Lehrstelle zu erreichen.

Fazit

Die Devise dieses Gesetzentwurfs zur Änderung des »Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen« lautet nicht »Fordern und fördern«, sondern »Ausgrenzen statt fördern!« Deshalb sollte die GEW Bayern versuchen, diesen Gesetzentwurf zu skandalisieren und von den beiden oppositionellen Fraktionen im Bayerischen Landtag eine spürbare parlamentarische und öffentliche Gegenwehr einzufordern.

Nachtrag

Das erleichtere Aufatmen, das aufgrund dieses Gesetzentwurfs in vielen LehrerInnenkollegien der Haupt- und Berufsschulen hörbar sein dürfte, kann man sich vorstellen.

Daraus soll selbstverständlich niemandem, der in der alltäglichen Konfrontation mit schwierigen und verhaltensauffälligen SchülerInnen steht, ein besserwisserischer Vorwurf gemacht werden.

Zu Bedenken gegeben werden muss allerdings, ob sich Lehrerinnen und Lehrer der Haupt- und Berufsschulen dazu hergeben sollten, die bildungspolitisch verursachten, ständigen Verschlechterungen ihrer Unterrichtsbedingungen an die Schwächsten des Bildungssystems weiterzugeben oder ob nicht eine kritische Parteinahme für die SchülerInnen nötig ist, welche die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen unseres Schulalltags kritisch reflektiert und praktisch beantwortet.

von Martin Proißl, M.A.

Sozialpädagoge und Politologe
Augsburg

Art. 86 (Bay EUG)

Ordnungsmaßnahmen als Erziehungsmaßnahmen

(1) Zur Sicherung des Bildungs- und Erziehungsauftrags oder zum Schutz von Personen und Sachen können nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Ordnungsmaßnahmen gegenüber Schülerinnen und Schülern getroffen werden, soweit andere Erziehungsmaßnahmen nicht ausreichen.

Geänderte bzw. neu eingefügte Ordnungsmaßnahmen:

- »Der Ausschluss vom Unterricht für zwei bis vier Wochen ab dem siebten Schulbesuchsjahr bei Vollzeitunterricht durch die Lehrerkonferenz« (Abs. 2 Satz 1 Nr. 6)
- »Der Ausschluss vom Unterricht für mehr als vier Wochen, längstens bis zum Ablauf des laufenden Schuljahres bei Hauptschulen und Hauptstufen der Förderschulen ab dem siebten Schulbesuchsjahr bzw. bei Berufsschulen sowie Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung mit Vollzeitunterricht durch die Lehrerkonferenz im Einvernehmen mit dem Jugendamt.« (Abs. 2 Satz 1 Nr. 6a)
- »Bei einer Ordnungsmaßnahme nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 6a kann die Schulaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit dem Jugendamt auch entscheiden, dass
 1. die Vollzeitschulpflicht der Schülerin bzw. des Schülers mit Ablauf des achten Schulbesuchsjahres beendet wird,
 2. nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht nach Nr. 1 auch die Berufsschulpflicht beendet wird, wenn die Schülerin oder der Schüler noch nicht in die Berufsschule oder die Berufsschule zur sonderpädagogischen Förderung aufgenommen ist,
 3. die Berufsschulpflicht beendet wird, wenn die Schülerin oder der Schüler bereits in der Berufsschule oder die Berufsschule zur sonderpädagogischen Förderung aufgenommen ist, es sei denn, dass sie oder er in einem Ausbildungsverhältnis steht ...« (Abs. 6)

Verstärkter Ausbau interkultureller Erziehung für Kinder und Jugendliche in Bayern

I. Die Migrationssituation in Bayern

In Bayern leben 1,2 Mio. Menschen nicht deutscher Staatsangehörigkeit. Seit zehn Jahren beträgt dieser Bevölkerungsanteil konstant knapp 10 %. Einschließlich Spätaussiedler, Eingebürgerter und hier geborener Kinder ausländischer Familien wird der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf 2,3 Mio. geschätzt. Aus wirtschaftlichen, politischen, demografischen und humanitären Gründen wird es auch weiterhin Zuwanderung geben. Die Politik in Bayern wird sich intensiver als bisher mit den verschiedenen Aspekten und Problemen des Zusammenlebens von Bevölkerungsteilen unterschiedlicher Muttersprache, Kultur und Religion auseinandersetzen müssen. Andernfalls ist mit einer Verschärfung des bereits bestehenden Konfliktpotentials zu rechnen, dessen gesellschaftliche Folgen unübersehbar sind. Neue Konzepte für ein friedliches Zusammenleben müssen entwickelt und praktiziert werden. Bildung und Erziehung spielen dabei eine zentrale Rolle.

II. Probleme interkultureller Förderung und Erziehung in Bayern

PISA 2003 E hat den Schülern mit Migrationshintergrund in Bayern im Vergleich der Bundesländer die besten Testwerte attestiert. Bei näherer Betrachtung werden jedoch auch große Defizite bei der Förderung dieser Schüler/innen sichtbar.

Exemplarisch seien folgende Probleme genannt:

- Zugewanderte Schüler erzielen bessere Testergebnisse als Schüler aus Migrationsfamilien, die hier geboren sind und das deutsche Schulsystem durchlaufen haben.
- Die Kompetenzunterschiede zwischen Kindern mit und ohne Migrations-

hintergrund, die bei 10-Jährigen am Ende der Grundschule festgestellt wurden (IGLU), verdoppeln sich bei den 15-Jährigen.

- Ausländische Schüler besuchen in Bayern Haupt- und Förderschulen fast doppelt so häufig wie deutsche Kinder. An Realschulen und Gymnasien sind sie nur halb so häufig vertreten.
- Schüler mit Migrationshintergrund haben an allen Schularten Bayerns einen geringeren Schulerfolg als deutsche. 22 % verlassen die Hauptschule ohne Abschluss.
- Schüler aus nicht deutschen Familien erhalten auch seltener einen Vertrag für eine Berufsausbildung und landen häufiger in berufsvorbereitenden Maßnahmen.

Eine wesentliche Ursache für die mangelnde Förderung von Schülern mit Migrationshintergrund ist darin zu sehen, dass im bayerischen Bildungswesen die Herkunftssprachen der Schüler gering geschätzt und zu wenig gefördert werden. Gleichzeitig wird aber versäumt, die Deutschkenntnisse dieser Kinder frühzeitig und mit geeigneten Konzepten zu entwickeln und zu verbessern. Zudem sind in den bayerischen Bildungseinrichtungen interkulturelle Erziehung und Kommunikation kaum im System verankert. Eine Wertschätzung fremder Kulturen ist kaum erkennbar. Interkulturelle Aktivitäten bleiben im Wesentlichen den persönlichen Initiativen des pädagogischen Personals überlassen.

III. Das Verständnis des Forums von interkultureller Förderung und Erziehung

Das *Forum Bildungspolitik in Bayern* ist überzeugt, dass für eine Integration der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine Verbesserung der Sprachförderung unerlässlich ist, sowohl der deutschen Sprache als auch der Muttersprache als Basis des Erlernens von Sprache. Die Entwicklung von Kompetenzen im Umgang mit kulturellen und religiösen Differenzen von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund ist ein Leitziel interkultureller Erziehung. Kulturelle Vielfalt soll als Bereicherung und nicht als beängstigend empfunden werden können. Diskurse über grundlegende Wertvorstellungen und Normorientierungen sind

Foto: David Ausserhofer



(Fortsetzung auf Seite 14)

Fachtagung: **Wie Schulen gelingen**
Mit
der
Ganztagschule
ernst machen!

Veranstalter:



Stadt Fürth



Gewerkschaft
Erziehung und
Wissenschaft (GEW)



Bayerischer
Elternverband
(BEV)



Landes-
schülerInnen-
vertretung (LSV)



20. Mai 2006 10.00 Uhr bis 17.00 Uhr
in Fürth
Hauptschule Soldnerstraße 60

Programm:

10.00 Uhr

Film von Reinhard Kahl: »**Treibhäuser der Zukunft – Wie in Deutschland Schulen gelingen**«

Begrüßung: **Dr. Thomas Jung**, Oberbürgermeister der Stadt Fürth; **Manfred Lehner**, Vorsitzender der GEW Fürth

10.30 Uhr

Referate:

Eine Schule für alle! Bieten Ganztagschulen mehr Chancengleichheit? Marianne Demmer, stellvertretende Bundesvorsitzende der GEW

Struktur- und Qualitätsmerkmale von Ganztagschulen Stefan Appel, Bundesvorsitzender des Ganztagsschulverbandes

Planungen des Ganztagschulprogramms in Bayern FachreferentIn des Kultusministeriums

12.45 Uhr

Mittagessen in der Mensa – Gespräche, Erfahrungsaustausch, Besichtigung der neu errichteten Räume und Außenanlagen des Ganztagszugs

13.30 Uhr

Arbeitsgruppen:

AG 1: Mit der Ganztagschule ernst machen! Welche Rahmenbedingungen brauchen GTS?

AG 2: Ganztagschulen von Anfang an! Eine Aufgabe für ErzieherInnen, SozialpädagogInnen, Lehrkräfte und Eltern, die bereits vor der 1. Klasse beginnt.

AG 3: Angkommen in der Realität – Ganztagszüge an bayerischen Hauptschulen Austausch von Erfahrungen und Hilfen.

AG 4: Den lieben langen Tag? – Arbeit in der Ganztagschule Wie müssen Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen aussehen? Chancen durch Teamarbeit?

15.00 Uhr

Plenum:

Konzept und Ausbaustand von GTS in Rheinland-Pfalz

Horst Rauen, Schulleiter der Ganztags-Grundschule Höhr-Grenzenhausen,
Statements von Angelika Filz-Gumbmann (BEV) und der LSV

15.50 Uhr

»Kultusminister – zuhören!« **Wie soll es mit den Ganztagschulen in Bayern weitergehen?**

Sonder-(Ganztags)Züge an wenigen Schulen oder ein flächendeckendes Netz von Ganztagschulen ab der 1. Klasse?

Podiumsdiskussion:

mit Landtagsabgeordneten • Kultusministerium • Oskar Brückner (Vorsitzender der GEW Bayern) • Angelika Filz-Gumbmann (BEV) • NN (LSV)
Horst Rauen (Schulleiter GT-Grundschule Rheinland-Pfalz)

17.00 Uhr

Ende

Anmeldung erforderlich bis 8. Mai 2006 in der Geschäftsstelle der GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Tel.: 0 89-54 40 81-0; Fax: 0 89-5 38 94 87; E-Mail: info@bayern.gew.de

dafür genauso erforderlich wie der Dialog über differierende Einschätzungen und Verhaltensweisen im Alltag. Mit präventiven Maßnahmen können ethnische Spannungen abgebaut und kann kulturellen Konflikten vorgebeugt werden. Durch intensive individuelle sprachliche und kulturelle Förderung der Kinder mit und ohne Migrationshintergrund kann eine Benachteiligung der zugewanderten wie der einheimischen Kinder vermieden werden.

IV. Forderungen zur Verbesserung der interkulturellen Förderung und Erziehung

1. Förderung im Elementarbereich

- Frühe Förderung der deutschen Sprachkenntnisse von Kindern ab dem 3. Lebensjahr im Kindergarten,
- ausreichende personelle und zeitliche Ressourcen für die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans,
- Qualifizierung der Erzieherinnen für die Sprachvermittlung und Erziehung von Kindern aus unterschiedlichen Kulturen,
- Beschäftigung von muttersprachlichem Fachpersonal.

2. Förderung in der Schule

Sprache:

- Bedarfsdeckender Ausbau der Deutschförderung in der Schule und Berücksichtigung dieser Aufgabe in jedem Schulfach,
- Verbesserung des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts,
- Anerkennung der Migrationssprachen als gleichberechtigte Fremdsprachen bei allen Abschlüssen und
- keine Rückstellungen bei der Einschulung und keine Förderschulzuweisungen nur wegen mangelnder Deutschkenntnisse.

Erziehung:

- Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagsangeboten zur Schaffung von Begegnungs- und Kommunikationsmöglichkeiten sowie zur Stärkung der Identifikation mit der Schule und für Konfliktprevention und -regelung und
- Einrichtung von Ombudsstellen und Ausbau der Schulsozialarbeit an den Schulen, Öffnung der Schulen zu interkulturellen Einrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft.

Elternarbeit:

- Intensivierung der Elternarbeit zur Stärkung der Sprach- und Erziehungskompetenz der Eltern,
- Ermöglichung von Hausbesuchen,
- Informationsveranstaltungen über das bayerische Schulsystem und seine Möglichkeiten,
- Ausbau und finanzielle Absicherung von Elternkursen in Deutsch und Landeskunde, insbesondere für Mütter, und
- Einbeziehung der Eltern und Geschwister in die schulische Lernarbeit der Kinder.

Ressourcen und Grundlagen:

- Verdopplung des Faktors der Lehrerstundenzuweisung für Schüler nicht deutscher Muttersprache,
- Ausweitung der personellen, zeitlichen und materiellen Ressourcen für interkulturelle Aktivitäten,
- Weiterbeschäftigung der muttersprachlichen Lehrkräfte,
- Beseitigung kulturell oder nationalstaatlich einseitiger Sichtweisen in Lehrplänen und Schulbüchern zugunsten von Mehrperspektivität und
- angemessene Angebote zur interkulturellen Erziehung und Bildung in der Lehreraus- und -fortbildung.

3. Einrichtung eines Querschnittsreferats »Migration« bei der Staatskanzlei

Die Herausforderungen im Kontext der Migration berühren unterschiedlichste politische Handlungsfelder. Migrationspolitik ist eine Querschnittsaufgabe und sollte nicht auf verschiedene Ministerien verteilt, sondern an einer Stelle zusammengefasst werden. Deshalb sollte bei der Staatskanzlei ein Querschnittsreferat »Migration« eingerichtet werden. Dieses erarbeitet Handlungskonzepte und begleitet und evaluiert ihre Umsetzung. Es koordiniert auch die Vielzahl der Initiativen und Projekte in freier Trägerschaft in Bayern, um Leerstellen zu schließen und Doppelungen zu vermeiden. Es ist Ansprech- und Kooperationspartner für die jetzt ebenfalls zentral beim Bundeskanzleramt angesiedelte Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration.

4. Gründung einer Gemischten Kommission »Migration« durch den Bayerischen Landtag

Für eine fundierte und zukunftsweisende Migrationspolitik sind die grundlegenden Probleme der Migration und ihrer zukünftigen Entwicklung aufzuarbeiten. Die globalen und außenpolitischen, volkswirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen, versicherungsrechtlichen und sozialräumlichen, sozialen und rechtlichen, demografischen und ethnischen, kulturellen und religiösen, erziehungs- und bildungsrelevanten Aspekte sind dabei in ihren Auswirkungen für die Migranten wie für die einheimische Bevölkerung zu analysieren. Situationen und Probleme der zugewanderten wie der einheimischen Kinder und Jugendlichen sind zu beleuchten, Lösungsvorschläge und Hilfsangebote für die verschiedenen gesellschaftlichen Handlungsbereiche zu entwickeln und Aufgaben für die staatlichen Institutionen zu formulieren. Die Kommission sollte sich zusammensetzen aus Sozial- und Erziehungswissenschaftlern, Juristen und Bildungspolitikern des Landtags und des Städtetags, Vertretern des Kultusministeriums und der Bundesagentur für Arbeit, Angehörigen der Religionsgemeinschaften, Lehrkräften sowie einheimischen und zugewanderten Eltern und Schülern. Da Migration und Integration ein fortdauernder Prozess mit sich entwickelnden Problemstellungen ist, soll die Kommission als ständige Einrichtung etabliert werden. ■

Integrationshürden wahrnehmen!

»...vor allem unser Bildungssystem muss den Umgang mit der wachsenden gesellschaftlichen Vielfalt lernen. Integrationspolitik ist damit mehr als Ausländer- oder Minderheitenpolitik, auch mehr als Sprachförderung und Eingliederungshilfe. Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft ist Gesellschaftspolitik. Politische Handlungskonzepte müssen die Lebenssituation einer wachsenden Bevölkerung mit Migrationshintergrund regelmäßig und in allen Bereichen mit berücksichtigen.«, sagte die ehemalige Bundesbildungsministerin Frau Bulmahn.

Nach der Veröffentlichung des Briefes der Lehrerinnen und Lehrer der Rütli-Schule in Berlin und den bundesweiten Reaktionen von PolitikerInnen stellte sich die Frage nach einer gelingenden Integrationspolitik wieder einmal in aller Schärfe.

Jahrzehntelang wurde Deutschland nicht als Einwanderungsland anerkannt. Obwohl MigrantInnen seit 50 Jahren in Deutschland leben und arbeiten, hatten sie nie die Chance, an dieser Gesellschaft teilzuhaben. Sie durften nicht mal auf den kommunalen Ebenen wählen und gewählt werden. Ihre soziale Lage ist prekär. Wenn sie arbeitslos werden, haben sie erheblich größere Schwierigkeiten als Einheimische, einen neuen Job zu finden.

Die Bildungschancen »ausländischer« Jugendlicher hierzulande sind ernüchternd: Vier von zehn MigrantInnen in Deutschland im Alter zwischen 20 und 30 Jahren haben keinen Berufsabschluss und jeder Fünfte hat nicht mal einen Hauptschulabschluss. Die PISA-Studie belegt schwarz auf weiß, dass es mit der Chancengerechtigkeit im deutschen Schulsystem nicht weit her ist. Aber Jugendliche, die keinen Schulabschluss haben, haben auch keine Aussicht auf einen Ausbildungsplatz. So ist es inzwischen unumstritten, dass viele Jugendliche mit Migrationsherkunft für sich keine Perspektive mehr sehen. Dies ist die eine Seite des Problems.

Die andere Seite ist, dass durch mangelnde Integrationsmöglichkeiten die MigrantInnen sich weiterhin als »die Anderen« begreifen müssen und als »die Fremden« ausgegrenzt bleiben. Dies verweist sie auf ihr Herkunftsland zurück, weshalb in der Regel dieses Herkunftsland und dessen politisches Agieren eine große Rolle spielen kann und auch spielt. Jugendliche sind auf der Suche nach Identität. Die Identitätsbildungsphase wird von äußeren und inneren sozialen, politischen und wirtschaftlichen Faktoren beeinflusst. Wenn z.B. türkische Tageszeitungen, TV-Sender (inzwischen Hunderte von TV-Sendern) nur von türkischer Identität, nationalem Stolz, nationaler Ehre berichten, werden die Eltern der hier in Deutschland geborenen Jugendlichen sich mit der Integration in diese Gesellschaft schwer tun. Die Jugendlichen werden dadurch zwischen Herkunfts- und Aufnahme-Kultur hin und her gerissen. Dies beobachten wir bei Jugendlichen, die vom Jugendgericht verpflichtet wurden an Anti-Aggressionstrainings teilzunehmen. Leider wird

in bestimmten Ländern Gewalt fast systematisch gelehrt, Ehre und Stolz als nationale Eigenschaft propagiert. Obwohl die Jugendlichen von ihrer Herkunftskultur nicht viel wissen, sind sie bereit, sich für diese Kultur zu opfern. Märtyrer zu sein oder einer zu werden, ist in diesen Ländern bei Jugendlichen ein aktueller Wunsch geworden. »Ehrenmorde« gehören dazu. Dies führt bei Jugendlichen auch zur Gewaltverherrlichung hier im Lande.¹ Die Gefahr besteht darin, dass das nicht erkannt wird.

Jean Paul Sartre sagte: »Gewalt lebt davon, dass sie von den Anständigen nicht für möglich gehalten wird.«. Darum muss man in der Integrations-Debatte nicht nur die Aufnahmegesellschaft kritisieren, sondern auch die Herkunftsgesellschaft.

Aber Schuldzuweisungen und populistische Ansprachen in der Art der Herren Stoiber und Schäuble führen zu keiner Lösung. Sie praktizieren nur eine Denkweise, die, wenn sie sich äußert, konsequent und im Wortsinn Hülsen produziert. »Hülsen«, das heißt: Die äußere Form der Rede besitzt eine bestimmte Art von Oberflächen-Logik, so dass vielen nicht auffällt, dass da der Kern, der Inhalt eben, fehlt.

Nationalismus und religiöse Propaganda der Herkunftsländer und fremdenfeindliche Reden in der Aufnahmegesellschaft verhindern beide den dringend notwendigen Integrationsprozess.

Wichtig wäre, neue Konzepte zusammen mit den Herkunftsländern zu entwickeln. Integration kann nur stattfinden, wenn alle Seiten sich von negativen Zuschreibungen an »Andere« und »Fremde« befreien. Aussortieren, abschieben, in Sonderschulen stecken oder in Gewahrsam nehmen, werden nicht zur Integration führen.

Als erstes aber muss die Realität akzeptiert werden: Deutschland ist ein Einwanderungsland!

Es geht nicht mehr um das Ob, sondern allenfalls um das Wie von Integration.

von Haci Erdogan

Mitarbeiter der Jugendhilfe
Anti-Aggressivitätstrainer bei der AWO München



Foto: Manfred Vollmer

¹ Das Problem Gewalt in Schulen hat aber nicht nur mit türkischen oder arabischen Jugendlichen zu tun. Es ist ein gesellschaftliches Problem. Gewalt gibt es in jedem Land. In sozial schwachen Stadtteilen von Großstädten wie Istanbul, Rom, New York wie auch Berlin ist Gewalt ein bekanntes Phänomen.

Aktiv werden, aber wie?

Im Landkreis Main-Spessart gibt es seit 10 Jahren den gemeinnützigen »Verein für Fremdenfreundlichkeit gegen Rassismus und Faschismus e.V.«

Er besteht aus ca. 50 Mitgliedern. Sie kümmern sich hauptsächlich um Asylbewerber, die im Wohnheim leben. Sie begleiten sie z.B. zu Behördengängen, helfen ihnen bei Anträgen, besorgen gebrauchte Fahrräder, Waschmaschinen und Computer und bringen ihnen frisches Obst und Gemüse (das in den Lebensmittelpaketen nur spärlich zu finden ist). Den Kindern helfen sie bei den Hausaufgaben, geben Nachhilfe und machen mit ihnen Ausflüge.

Außerdem informieren sie die deutsche Bevölkerung durch Infostände, Podiumsdiskussionen und ähnliche Veranstaltungen. Der Verein finanziert sich aus Mitgliederbeiträgen, Spenden und seit letztem Jahr auch von Bußgeldern, die das Amtsgericht als Strafe verhängt.

Der Verein informiert gerne näher und gibt Anregungen und praktische Tipps:

Elfriede Jakob-Komianos, 1. Vorsitzende

Neue Gärten 12 • 97816 Lohr a. Main

Tel.: 0 93 52-57 68 • j.komianos@t-online.de



»entimon Bayern«: Toleranz jetzt!

Die landesweite Kompetenz- und Vermittlungsagentur »entimon Bayern« des Bayerischen Jugendrings (BJR) bietet Hilfestellung für die Jugendarbeit. Sie versteht sich als Ansprechpartner für alle Haupt- und Ehrenamtlichen der Jugendarbeit in Bayern, die sich mit den Themen Rechtsextremismus und Gewalt auseinandersetzen. Sie will zum Handeln motivieren und bei Vorbereitung und Durchführung von Aktivitäten gegen Rechts unterstützen.

Dazu vermittelt »entimon Bayern« AnsprechpartnerInnen in den verschiedenen Bezirken und Regionen und stellt Kontakte zu ReferentInnen her. »entimon Bayern« gestaltet zwar auch eigene Informationsabende, kann jedoch vor allem beraten, Hilfestellungen geben und die Vorauswahl bei weiterführenden Maßnahmen erleichtern.

Tipps zum Thema

Neben Multiplikatoren und Multiplikatorinnen im Bildungsbereich richtet man sich auch an politisch Verantwortliche wie Jugendbeauftragte oder JugendreferentInnen. In Bayern gebe es, so Frank Schallenberg, der für das Projekt Verantwortliche, wie in anderen Bundesländern auch, verschiedene Brennpunkte, wo Rechtsextremismus ein aktuelles Problem sei. Man müsse jedoch schon früher ansetzen. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind jenseits des offenen Neonazismus weit verbreitete Phänomene, die manchmal auch ganz subtil wirken. Hier muss man präventiv ansetzen. Wichtig sei, dass auch dort, wo vornehmlich Fachwissen vermittelt werden soll – wie es beispielsweise an Berufsschulen der Fall ist – die LehrerInnen sich positionieren.

Als Hilfestellung hat »entimon Bayern« drei Themenblätter entwickelt, die kurz und knapp Inhalte zu den Themen »Rechtsextremismus«, »Gewalt« und »Konflikt« vermitteln. Darüber hinaus werden jedoch auch Servicetipps, z.B. Anbieter für die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, gegeben. Im Internet kann man sich auf www.klickgegenrechts.de über die verschiedensten Gruppen und Initiativen informieren, die gegen Rechts aktiv sind.

Kontakt:

Frank Schallenberg

Tel.: 0 89-51 45-8 68

schallenberg.frank@bjr.de • www.bjr.de

Ab durch die Mitte?

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismearbeit in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW) hat eine neue Broschüre in der Reihe »Materialien zum Rechtsextremismus« herausgegeben. Der siebte Band mit dem Titel »Ab durch die Mitte? Neue Tendenzen des aktuellen Rechtsextremismus« versammelt verschiedene Beiträge, die Strategien des »modernen« Rechtsextremismus beleuchten. Immer mehr Neonazis wollen – zumindest nach außen hin – nicht mehr den gängigen Klischees (martialisches Auftreten, dumpfe Parolen, Springerstiefel etc.) entsprechen, sondern geben sich als Teil der gesellschaftlichen Mitte aus und inszenieren sich, nicht nur für perspektivlose Jugendliche, als scheinbare Rettungsanker.

Auf Demonstrationen tauchen zunehmend Personen auf, die sich politischer Codes bedienen, die bislang eher dem linken Spektrum zugeordnet wurden. Inzwischen gehören Accessoires wie Che-Guevara-Konterfeis, sog. »Palästinensertücher« etc. zum geläufigen Repertoire mancher Rechtsextremen.

In der Broschüre werden sowohl die Themen benannt, die sich die Rechten auf ihre Fahnen geschrieben haben, als auch die Strategien analysiert, die im Hintergrund stehen. Ergänzt wird der Band durch pädagogisches Material, Literatur- und Internethinweise zur Vertiefung der Problematik sowie einen Überblick über Zahlencodes und Symbole der rechten Szene. Die Broschüre ist eine wertvolle Arbeitshilfe für alle, die sich gegen Rechts engagieren. Die Broschüre ist für 5 Euro zu bestellen bei:

IDA-NRW

Volmerswerther Straße 20 • 40221 Düsseldorf

Tel.: 02 11-15 92 55-5

Fax: 02 11-15 92 55-69

www.IDA-NRW.de

Internet-Themenportal der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat ein Internet-Themenportal über Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt eingerichtet. Dort finden sich Informationen zu dem Projekt »Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus«, das vom Forum Berlin der Stiftung seit Oktober 2005 zusätzlich zu den bisherigen Aktivitäten durchgeführt wird, sowie Hinweise auf Veranstaltungen und Artikel zum Thema. Hilfreich sind vor allem die Publikationen, die zum Download zur Verfügung stehen.

Weitere Informationen:

www.fes.de/rechtsextremismus/

Film des Monats auf DVD: Deutschland ist meine Heimat

Sumaya Öney, 22 Jahre, erinnert sich gerne an ihre Schulzeit: »Ich hatte viel Spaß und hatte mich so richtig eingelebt gehabt. Ich war sogar die erste ausländische Schülersprecherin.« Aysel Saban, 21, ist Arzthelferin, Bilal Saban, ebenfalls 21, wurde nach seiner Ausbildung bei der Deutschen Post übernommen und arbeitet seither als Fachkraft für Brief- und Fachtverkehr.

Sie leben schon lange hier und empfinden Deutschland als ihre Heimat. Trotzdem sollen sie abgeschoben werden. Der Grund: Sie waren Anfang der 1990er-Jahre vor dem Bürgerkrieg im Libanon geflohen. Bei ihrer Einwanderung verschwiegen die Eltern ihren zeitweiligen Aufenthalt in der Türkei, da sie sonst kein Asyl bekommen hätten. »Die Deutschen gehen davon aus, dass sie Türken sind und diese Angaben bei ihrer Einreise nicht gemacht haben«, erklärt der Rechtsanwalt der Familie. Deshalb wurde ihnen die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt. Die jungen Menschen sind nun lediglich geduldet, ihre Zukunft ist völlig ungewiss. Sie wollen heute nicht wegen ihrer Eltern bestraft werden. Sie gingen in eine deutsche Schule, absolvierten eine Ausbildung, arbeiten hier und haben teilweise

selbst Kinder in Deutschland bekommen. Sie fühlen sich nicht als »Ausländer«. Die 45-minütige Videodokumentation wurde von den jungen Flüchtlingen im Rahmen des Medienprojektes Wuppertal als Selbstportrait ihrer schwierigen, von Abschiebung bedrohten Lebenssituation produziert. Neben den Familienmitgliedern kommen auch ihre LehrerInnen und andere in den von ihnen selbst geführten Interviews zu Wort. Der Film dokumentiert auf einfühlsame Weise die einzelnen Schicksale und verdeutlicht dabei gleichermaßen ein allgemeines Problem der deutschen Asyl- und Abschiebep Praxis. So eignet er sich gut für eine Auseinandersetzung mit dem komplexen Thema Flucht und Asyl. Die DVD kann entliehen werden über www.migration-online.de/filmverleih

BMW-Group-Award für Interkulturelles Lernen

Die BMW Group verfolgt das Anliegen, im wissenschaftlichen Bereich Strategien für friedliche interkulturelle Gesellschaften zu entwickeln und Projekte zu initiieren, die Verständnis und Toleranz gegenüber fremden Kulturen, Religionen und Sprachen fördern. Sie ehrt Menschen, die sich um interkulturelles Lernen besonders bemühen. Dies geschieht aus der Einsicht heraus, dass die Ursache für Angst und Aggression vor bzw. gegenüber Fremdem und Fremden häufig Unwissenheit ist. Oder positiv formuliert: Neugier, Offenheit und Respekt fremden Kulturen gegenüber können zu einem friedlichen Lernen von- und miteinander führen, indem das Fremde nicht mehr als Bedrohung, sondern als Bereicherung des eigenen Lebens erfahren wird. Völkerverständigung kann jedoch nicht allein über einen behördlichen Erlass ge-

Tipps zum Thema

lingen; Ausgangspunkt ist immer der individuelle Wunsch, eine fremde Welt kennen zu lernen, ohne die eigene Identität aufgeben zu müssen.

Die LIFE-Reihe, eine Ideen- und Materialsammlung ist dem Grundsatz verpflichtet, dass die Gemeinsamkeit von Verschiedenheit als notwendiger und willkommener Lernimpuls wirkt und regt zum Dialog über Eigenes und Fremdes an.

Wer sich für den Award bewerben will oder sich ganz allgemein für das Thema »Interkulturelles Lernen« interessiert, kann die Teilnahmeunterlagen zur Ausschreibung 2006 sowie alle Materialien aus der LIFE-Reihe mit vielen praktischen Tipps zur Umsetzung interkulturellen Lernens kostenlos anfordern:

Fax: 0 89-35 84 68 61

E-Mail: presse@bmw.de

www.bmwgroup.com/award-life

Interkulturelle Bilderbücher

Der neue AOL-Bücherbrief informiert zum Thema »Interkulturelle Bilderbücher« über die neuesten Veröffentlichungen sowohl im Print-, Audio- und Videobereich und stellt in einem Sonderkapitel Institutionen und Organisationen vor, die sich aktiv mit dem Schwerpunktthema beschäftigen. Das Nachschlagewerk bündelt arbeitserleichternde Empfehlungen quer durch alle Schulstufen mit Schwerpunkt auf der Grundschule und Sekundarstufe I. Im Mittelpunkt stehen ganzheitliche Lernverfahren wie Projektarbeit und produktionsorientierte Ver-

fahren und handlungsorientierter Umgang mit interkulturellen Bilderbüchern. Die Hinweise zur Unterrichtsarbeit mit den Bilderbüchern sind detailliert und werden präzise beschrieben. In Sonderkapiteln werden Materialien »rund um's Thema Lesen« vorgestellt. Hinweise auf kostenloses Unterrichtsmaterial, multimediale CD-ROMs und eine Zeitschriftenvorstellung runden den AOL-Bücherbrief ab.

Ein Teil der Rezensionen wurde von StudentInnen geschrieben, die im Sommersemester 2003 und 2004 an der Universität Hamburg das vom Herausgeber angebotene Hauptseminar »Kinderliteratur – interkulturell betrachtet« belegt und die Bilderbücher im Rahmen der Seminararbeit analysiert und in der Unterrichtspraxis erprobt hatten.

Weitere Informationen gibt es hier:

Didaktisches Zentrum Marburg

In der Wann 15 A • 35037 Marburg

Tel.: 0 64 21-3 49 42

Fax: 0 64 21-36 00 76 w.wulfers@gmx.de



Polizeischutz für die Lehrpläne, ratlose Politikerinnen und Politiker, ohnmächtige Lehrkörper



»Welchen Sinn macht es, dass in einer Schule all die SchülerInnen gesammelt werden, die weder von den Eltern noch von der Wirtschaft Perspektiven aufgezeigt bekommen, ihr Leben sinnvoll gestalten zu können? In den meisten Familien sind unsere SchülerInnen die Einzigen, die morgens aufstehen. Wie sollen wir ihnen erklären, dass es trotzdem wichtig ist, in der Schule zu sein und einen Abschluss anzustreben?«

Ende März 2006 forderte die Rektorin der Rütli-Hauptschule in Berlin-Neukölln mit

diesem Brief die Auflösung der Schule zugunsten einer neuen Schulform. Seitdem wird in Medien und Politik wieder wild diskutiert: über »Verliererschulen«, Integrationsmaßnahmen und schlechte Pisawerte ...

»Sternschnuppen« rückt diese Diskussion in eine andere Perspektive. Das neue Buch von Ulrike Gschwandtner und Frigga Haug spricht nicht »von oben« über die Heranwachsenden, sondern untersucht ihre eigenen Lebensentwürfe.

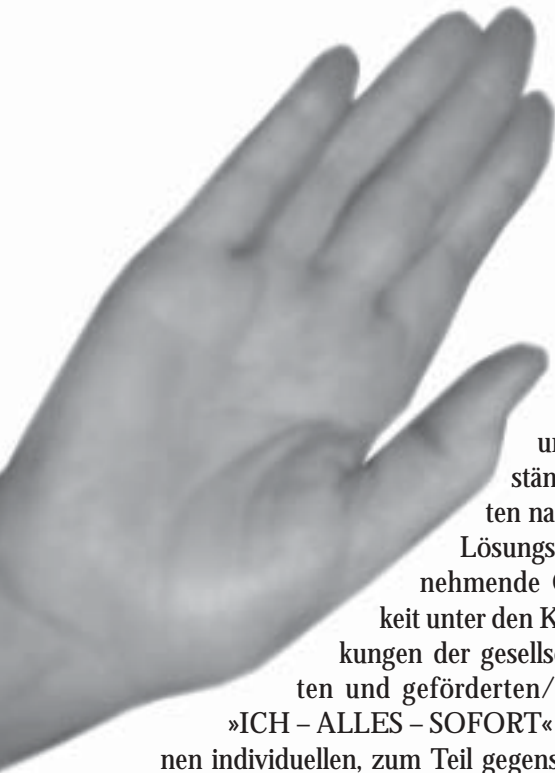
Wie stellen sich Schülerinnen und Schüler heute tatsächlich ihre Zukunft vor? Welche Wünsche haben sie oder glauben sie einlösen zu können, wenn sie erwachsen sind?

Auf der Basis von 500 Aufsätzen 13- bis 18-jähriger Schülerinnen und Schüler aus den verschiedenen Schultypen Deutschlands und Österreichs zeigen Ulrike Gschwandtner und Frigga Haug, wie sich die Einzelnen im Verhältnis zu Arbeit und Technik, zu Beruf und Familie, zu Freizeit und Politik entwerfen. Es geht um Grenzüberschreitungen und um den mächtigen Einfluss des Fernsehens auf die Stilllegung kindlicher Fantasie. Wo Schüler und Schülerinnen weitgehend künstliche Erfahrungen machen, bleiben reformierte Curricula und sich abmühende LehrerInnen ohnmächtig ... Die Aufsätze zeigen, dass die Kulturen der Eltern und die ihrer Kinder einander kaum kennen, dass die Vermittlung von einer Generation zur nächsten nicht mehr stattfindet.

Es wird gezeigt, wo Eingriffe nötig und wo sie möglich sind.

Frigga Haug & Ulrike Gschwandtner

Sternschnuppen • Zukunftserwartungen von Schuljugend
Argument Verlag • ISBN 3-88619-471-x • 9,90 EUR



Gewaltprävention in der Grundschule:

Stopp – es reicht!

Aktive Grenzsetzungen mit Hilfe der Stopphand

Die Konflikte im Schulalltag stiegen in den vergangenen Jahren an unserer Grundschule ständig an und verlangten nach Einordnung und Lösungsfindungen. Die zunehmende Orientierungslosigkeit unter den Kindern, die Auswirkungen der gesellschaftlich anerkannten und geförderten/geforderten Werte »ICH – ALLES – SOFORT« und die verschiedenen individuellen, zum Teil gegensätzlichen Konfliktlösungen seitens der Lehrkräfte und der Eltern verstärkten die allgemeine Unzufriedenheit. Es entstand das Bedürfnis nach Veränderungen mit Hilfe einer Fortbildung zum Thema »Gewalt verhindern«, Unterrichtsmodellen zum Thema »Grenzsetzungen« und die Formulierung von einheitlichen allgemein gültigen Regeln als Grundlage für eine Entlastung im Unterrichtsalltag. Es sollte auf Dauer gesehen Erleichterung bringen, keine zusätzlichen Belastungen.

Die Antigewaltprojektwoche

Im Herbst 2002 fand an unserer Schule eine Antigewaltprojektwoche statt. Schwerpunkte waren:

1. Erstellung eines einheitlichen Regel- und Wertekatalogs in Zusammenarbeit von Kindern, Lehrkräften und Eltern. Diese wurde als verbindliche Schulordnung von allen Beteiligten verabschiedet und enthält neben allgemeinen Leit- und Richtlinien verbindliche Regelungen zum Verhalten im Unterricht, in der Pause, zu den Räumen usw. sowie einen Maßnahmenkatalog mit möglichen und nötigen Konsequenzen bei Nichteinhaltung und die Regelung von zuständigen Verantwortlichkeiten.
2. Schulhausinterne Fortbildung zum Unterrichtsmaterial von Wildwasser »Hände weg von mir« mit Weitervermittlung an die Kinder und Eltern (evtl. Elternabend)¹
3. Unterrichtseinheiten (Auswahl) zu den Themen: Gefühle, sprachliche, körperliche und sexuelle Gewalt, Kommunikationsformen, Nein- und Stoppsagen, Grenzen setzen usw.²
4. Interaktives Theater der Gruppe Chapeau Claque aus Bamberg³ im Klassenzimmer mit jeweils zwei Klassen

der gleichen Stufe und den jeweiligen Lehrerinnen zum Thema »Mut tut gut«, der Vielschichtigkeit von Ängsten und der Umgang damit.

Ergebnisse

Fruchtbare (manchmal auch furchtbare!) inhaltliche zum Teil kontroverse Diskussionen gab es um das Regelwerk in Bezug auf Selbstverständlichkeiten, Reglementierungen, Gewichtung der Strafen, Verstärkungen, Ausnahmen, Strenge, Konsequenzen, pädagogische Ziele, Lernformen, alternative Schulsysteme, Lehrplanforderungen usw. Am Ende aber standen Vereinbarungen, die von allen getragen und unterzeichnet wurden.

Das Infoblatt von Wildwasser zu den Themen »Dein Körper gehört dir; Nein sagen/Grenzen setzen; Gefühle/Angst/Mut« wurde vor allem von den Eltern wegen seiner Kürze und Klarheit begrüßt.

Die Bausteine der oben genannten Unterrichtseinheiten mit vielen Kopiervorlagen und der Zielsetzung, Gewalt vorzubeugen, Handlungskompetenz aufzubauen und Verhaltensregeln aufzustellen, wurden als alters- und themengerecht positiv angenommen und gewertet.

Das aktive Einbeziehen von Kindern und Lehrerinnen ins Theatergeschehen war ein voller Erfolg. Sich gemeinsam Handlungsmöglichkeiten bei verschiedenen vorgegebenen Grenzüberschreitungen auszudenken, sie auszuprobieren und zu reflektieren, teils in der Theaterszene, teils aber auch in der Wirklichkeit lernen, Ängste zu überwinden und mutig in Aktion zu treten, begeisterte die Kinder und die Lehrerinnen gleichermaßen.

So wollten wir an unserer Schule weitermachen.

Die Stopphand

Theoretische Einbettung

Die Untersuchungen zur Gewaltprävention der letzten Jahre haben ergeben, dass ein rechtzeitiges Grenzen ziehen und Stoppen einer versuchten Gewalttat diese zu 70 % aufhält und verhindert.⁴

Entscheidend dabei sind: Rechtzeitiges Wahrnehmen und der Mut zum Handeln.

Pädagogische Untersuchungen haben ergeben, dass beim Anwenden der Stoppregeln sowohl die Entwicklung des Individuums als auch die Ausbildung der Sozialkompetenz ermöglicht wird.⁵

Die Notwendigkeit der schriftlichen Fixierung und der

¹ Hände weg von mir. Tipps für Kinder. Infoblatt für Schulen. Zartbitter, Köln/Wildwasser, Nürnberg

² Stopp – Kinder gehen mit Konflikten um. Hoffmann Kirsten u.a., Person-Verlag Gesamtkatalog Nr. 3849

³ Theaterpädagogik Chapeau Claque Bamberg
www.chapeau-claque-bamberg.de

⁴ Polizeistudie Hannover 1996

⁵ »Stooopp!« Die Erfindung von Handlungsregeln. Wiesemann Jutta. Forum qualitative Sozialforschung Bd.1

praktischen Einübung und Wertung von sozialen Zielen betont auch Margit Weidner in ihrem Sozialzielektalog.⁶

Dabei greift sie sehr detailliert nötige Werte des sozialen Umgangs auf. Respekt und Achtung der eigenen Person und anderen gegenüber, sowie klare, für alle nachvollziehbare verbindliche Regeln, unterstützen die Ziele der gewaltfreien Konfliktlösungen. Dieses Regelwerk (ein Teil davon sind die Schulordnung und die Klassenordnungen) ist Grundlage und Orientierung eines sinnvollen Einsatzes der Stopphand.

Wann darf/soll die Stopphand gesetzt werden?

Jedes Kind entscheidet selbst, wann eine persönliche Grenze überschritten wird. Dies ist nicht immer gleich. Es ist abhängig von der Tagesform oder dem persönlichen Empfinden. Aber es ist jedem Kind erlaubt, ja es wird sogar dazu aufgefordert, selbst zu entscheiden, wann ihr/ihm etwas zuviel wird. Das kann ein verbaler (Schimpfwörter z.B. Brillenonkel oder sexistische Ausdrücke z.B. Busentante, Wichser) oder körperlicher (z.B. treten, boxen, an den Haaren ziehen) oder ein Angriff auf persönlich wichtige Dinge (wegnehmen, zerstören) sein.

Unterrichtseinheiten – Sozialziele

Aus den oben genannten Bausteinen wurden für die Einführung der Stopphand in den 1. bis 4. Klassen folgende Themen ausgewählt:

- *Wenn es mir zuviel wird, sage ich laut und deutlich »Stopp«*
Damit lernen die Schülerinnen und Schüler eine Verhaltensregel kennen, wie sie eine sich anbahnende Konfliktsituation erkennen und rechtzeitig abwenden können.
- *Die Stopphand hilft*
Die sichtbar ausgeführte Stopphand dient der Unterstützung von Stimme und Körperhaltung als eindeutiges klares Signal.
- *Wenn jemand »Stopp« sagt, höre ich auf oder bleibe weg*
Die Kinder erfahren eigene Grenzen und die Grenzen anderer und respektieren diese.
- *Klassenvertrag*
Dieser soll die Verbindlichkeit der Regeln im Umgang miteinander gewährleisten.

Die Unterrichtseinheiten sind in der Projektmappe ausführlich und klar aufgebaut, können übernommen werden und müssen hier nicht extra dargestellt werden.

Praktische Ausführungen – in Aktion treten

1. Übergriffe wahrnehmen, Entschluss zum Handeln
2. Aufrechte Körperhaltung, ansehen, Stopphand zeigen und laut »STOPP« sagen
3. Konkret in einem kurzen Satz sagen, welches Verhalten nicht gewünscht/geduldet wird (Ich will nicht, dass du ... z.B. mir nachrennst.)
4. Konkret in einem kurzen Satz sagen, welches Verhalten erwartet wird (Ich will, dass du ... z.B. mich in Ruhe lässt.).

5. Rückversicherung (evtl. durch die Lehrkraft), ob die Botschaft angekommen ist (Ist das klar? Okay?! Verstanden! Ja?!).
6. Ernstgemeinte Entschuldigung fordern (meist durch die Lehrkraft). Dabei sehen sich die Kinder an.
 1. Entschuldigung mit Hand reichen
 2. »Ich mach ... nicht mehr.«

Drei Jahre Stopphandeinsatz – Beobachtungen

1. **Geschlechter** – Die Anwendung der Stopphand und deren Beachtung gilt für Mädchen und Jungen gleichermaßen. Dadurch erfahren sich beide sowohl als Handelnde und als mögliche Grenzüberschreitende, die gestoppt werden. Durch das bewusste Ansprechen beider Geschlechter werden die Mädchen in ihren Aktionen verstärkt, meist sogar von den Lehrkräften aufgefordert, erst einmal selbst die Stopphand einzusetzen, und die Jungen in ihrem Dominanzgebahren gestoppt.
2. **Alter** – Die neuen Schülerinnen und Schüler werden durch die älteren Kinder in die bestehenden Regelungen und Werte eingeführt. Die größeren Kinder erhalten dadurch Vorbildwirkung und entlasten gleichzeitig die Lehrkräfte.
3. **Auswirkungen** – Die Kinder setzen die Stopphand auch in der Mittagsbetreuung, im Hort, im Elternhaus und im Vereinsleben ein.
4. **Rolle der Erwachsenen** – Die Rolle ist unterstützend und verstärkend zu sehen. Die verantwortlichen Lehrkräfte sind gefordert, in der konkreten Situation zu beurteilen, wann und wo welches STOPP angebracht ist und wann nicht. Ein unkomplizierter, kurzer, vertrauensvoller Austausch ist sinnvoll, wenn es sich um Konflikte verschiedener Klassen handelt. Aufgabe dabei ist, das Einhalten der Stoppregeln konsequent einzufordern und Richtlinien für vereinbartes Verhalten aufzuzeigen.

Ausblick

Jedes Schuljahr im Herbst werden die Schülerinnen und Schüler, die neuen Lehrkräfte und die Eltern mit den Möglichkeiten der Stopphand und dem bisherigen Regelwerk in Form eines Neu- oder Erinnerungsskripts vertraut gemacht.

So ist ein Ritual entstanden, das sich etabliert hat und weitergegeben wird. Diese Arbeit der alltäglichen Gewaltprävention und Intervention ist leise, unspektakulär und abseits vom sensationellen Medienrummel und Preisverleihungen beim Thema »Gewalt in der Schule«. Es wäre vorteilhaft, wenn die weiterführenden Schularten aller Richtungen dieses Grundschulmodell fortführen und darauf aufbauen würden.

von Judith Barnickel

Grundschullehrerin Nürnberg
Selbstbehauptungs-/Selbstverteidigungstrainerin



⁶ Sozialzielektalog (Grundkurs 1-3). Weidner Margit. Heroldsberg 2005

»Abpiff – Schluss mit der Zwangsprostitution!«

Unter diesem Titel startete im März 2006 eine Kampagne des Deutschen Frauenrates. Grund dafür ist die anstehende Fußball-Weltmeisterschaft. Die Vorbereitungen für dieses Mega-Event – bei dem etwa drei Millionen überwiegend männliche Teilnehmer erwartet werden – laufen auf Hochtouren. Und das nicht nur in den sportlichen und organisatorischen Bereichen. Auch Zuhälter, Bordellbesitzer, Frauenhändler – also alle, die an der »Ware Frau« verdienen, freuen sich auf enorme Gewinne.

Dass Massensport-Ereignisse Prostitution anziehen, ist nicht erst seit der letzten Olympiade bekannt. Seit dem vergangenen Jahr rüstet die Rotlicht-Branche auf. So wurde in Berlin eines der größten Bordelle Europas eröffnet, in Städten wie z.B. Dortmund werden sog. Verrichtungsboxen aufgestellt, in anderen Groß- und damit WM-Städten sollen vorübergehend neue Straßenstriche geschaffen werden.

Nicht alle Prostituierten werden ihren Körper freiwillig verkaufen. Schätzungen des Deutschen Städtetages gehen von 30.000 bis 40.000 Zwangsprostituierten aus, die vor allem aus den osteuropäischen Staaten nach Deutschland geschleust werden. Selbst wenn diese Zahlen mit Vorsicht zu behandeln sind – genaue Zahlen kann es kaum geben. Die Opfer trauen sich nicht, sich zu wehren, aus Angst vor den Zuhältern und aus Angst davor, abgeschoben zu werden.

Zwangsprostitution ist ein Verbrechen, das noch immer unterschätzt wird. Es ist Menschenhandel – Frauenhandel – eine Form von Sklavenhandel und Teil der organisierten Kriminalität. Die Gewinne daraus erreichen inzwischen die Gewinnspannen des Drogen- und Waffenhandels.

Durch die Kampagne »abpiff« soll das Problem in die Öffentlichkeit getragen werden. Die Formulierung von Forderungen und Konsequenzen auf politischer Ebene muss folgen.

Schließlich sollen auch die Freier dafür sensibilisiert und aufgefordert werden, Zwangsprostitution anzuzeigen. Ob auf diese Gruppe gebaut werden kann, darf jedoch bezweifelt werden.

Unterstützt wird die Kampagne u. a. von amnesty international, dem Bund deutscher Kriminalbeamter, medica mondiale, Männer gegen Männergewalt – Männerarbeit der evang. Kirche, dem DGB und einigen mehr.

Nach ursprünglicher Ablehnung lenkte der DFB Präsident Theo Zwanziger ein, die Tragweite der Problematik unterschätzt zu haben. Durch verschiedene Gespräche sensibilisiert, will nun auch der DFB nicht länger wegsehen, sondern handeln und dazu beitragen, die Botschaft an den Mann zu bringen.

Politische Unterstützung und Förderung kommt aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Das Gesundheitsministerium in Bayern hat zumindest auf die ansteigende Prostitutionswelle reagiert. So wird – war in der Presse zu lesen – durch »deutlich sichtbar und gut lesbare« Schilder ausdrücklich der Gebrauch von Kondomen vorgeschrieben.

Nun ist zu hoffen, dass diese Kampagne breite Unterstützung – auch der GEW – findet.

Regional und überregional finden Informationsveranstaltungen zum Thema Zwangsprostitution und der Kampagne »abpiff« statt. Auch eine Wanderausstellung von Terre des Femmes e. V. mit dem Titel »Ohne Glanz und Glamour – Prostitution und Frauenhandel im Zeitalter der Globalisierung« lohnt einen Besuch.

von **Renate Oehler**

vertritt die GEW Bayern
im Bundesfrauenausschuss der GEW



Lebendig – lustvoll – laut

Unter diesem Motto findet vom **25. - 28. Mai 2006** im Waldschlösschen bei Göttingen die **13. Bundestagung lesbischer Lehrerinnen** statt.

Auf dem Programm stehen folgende Workshops:

Trommellust statt Alltagsfrust • Partnerinnenmassage • Feministisches Psychodrama • Lesben im Alter • Singen macht Spaß • MOLA – die Kunst der Kuna-Indianerinnen • Gewaltfreie Kommunikation • Mobbing in der Schule • Antje Olowaili liest aus ihrem Buch Schwester der Sonne – ein Jahr in Kuna Yala • Coming out am Arbeitsplatz

Kontakt über: **GEW Stadtverband Essen z. H. Erdmute Rehwald • Zimmer 45 • Schützenbahn 11-13 • 45127 Essen • Tel: 0 21 02-3 45 78**

Schwule Lehrer: Pfingsten im Waldschlösschen!

Jedes Jahr treffen sich schwule Lehrer aus allen Bundesländern zu Pfingsten im Waldschlösschen bei Göttingen. Zum 27. Mal (!) organisieren die Kollegen der **AG Homosexuelle Lehrer der GEW Berlin** zusammen mit anderen Kollegen aus dem ganzen Bundesgebiet und der **Akademie Waldschlösschen** ein Fortbildungswochenende mit vielfältigen Workshops und Seminaren für alle, vom schwulen Lehramtsstudenten bis zum Kollegen mit langjähriger Berufserfahrung. So ist der Erfahrungsaustausch der ungefähr 80 Teilnehmer in Kleingruppen unter dem Motto »Aus der Schule geplaudert«, ein immer wiederkehrender fester Bestandteil, bei dem jeder in angenehm entspannter Atmosphäre über seine Situation an der Schule berichten kann. Für viele eines der spannendsten und wichtigsten Angebote, denn noch immer hat nicht jeder Kollege eine schwule Gewerkschaftsgruppe in seiner Nähe, bei der er regelmäßigen Austausch findet! Außerdem sind in diesem Jahr geplant: Kollegiale Praxisberatung, Sexualerziehung – Immer das Gleiche? Homosexualität im Bilderbuch, Umgang mit Migranten, aktueller Stand der schwulen Lehrergruppen in den Landesverbänden der GEW Bundesländer, kollegiale Fallbesprechung u. v. m.

Das anspruchsvolle Tagungsprogramm (siehe auch www.schwulelehrer.de) wird durch ein nicht weniger niveauvolles Rahmenprogramm abgerundet. Rechtzeitige Anmeldungen sind dringend empfohlen:

www.waldschloesschen.org oder direkt an:

Akademie Waldschlösschen, 37130 Reinhausen bei Göttingen, Telefon 0 55 92 - 92 77-0, Telefax 92 77-77, info@waldschloesschen.org.

»Gespräche mit Zeitzeugen«

Gemeinsam mit dem BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung hat das Bayerische Seminar für Politik die »Gespräche mit Zeitzeugen« fortgesetzt und eine Doppel-DVD mit dem Auschwitz-Überlebenden Dr. h.c. Max Mannheimer produziert, die für 10 Euro (+ Versandkosten) bestellt werden kann.

Die DVD ist besonders im Schulunterricht und der politischen Erwachsenenbildung hervorragend zu verwenden. Begleitmaterialien sind unentgeltlich beim Bayerischen Seminar für Politik und dem BayernForum zu beziehen.

Max Mannheimer berichtet in der Mädchen-Realschule Heilig-Blut in Erding vor SchülerInnen von seinem Überleben als Häftling in Theresienstadt, Auschwitz, Warschau und Dachau. (73 Minuten)

In einem kürzeren Interview (30 Minuten, Gesprächsführung Dr. Robert Hofmann) liest er Ausschnitte aus seinen Lebenserinnerungen »Spätes Tagebuch«.

Auch dieses Tagebuch im Umfang von 130 Seiten ist zum Preis von 7,90 Euro (+ Versandkosten) beim Bayerischen Seminar für Politik erhältlich.

Eine Möglichkeit, die erlittenen Qualen zu verarbeiten, findet Max Mannheimer in der Malerei. Bilder, die er unter dem Pseudonym Ben Jakob malte sowie einzelne Fotos von ihm und seiner Familie findet man ebenfalls auf der DVD.

Bayerisches Seminar für Politik e.V.

Oberanger 38/1 • 80331 München

Tel.: 0 89-2 60 90 06 • Fax: 0 89-2 60 90 07

bsp@baysem.de • www.baysem.de

Seminar: Bilderbücher in Bewegung

Der Arbeitskreis für Jugendliteratur veranstaltet vom 15. bis 17. September 2006 ein Praxisseminar zum Deutschen Jugendliteraturpreis in der Diakonischen Akademie Deutschland in Berlin.

Die Tagung, in deren Zentrum die Bilderbücher der Nominierungsliste des Deutschen Jugendliteraturpreises 2006 stehen, stellt vielfältige Ansätze der Literaturvermittlung vor. Die ReferentInnen Dr. Peter Gyr (Kinder- und Jugendmedien Zentralschweiz), Norman Junge (Illustration), Dr. Christine Kretschmer (Grundschule), Sabine Mähne (Leseförderung/LesArt), Birgit Nerenberg (Sozialpädagogik) und Barbara Sengelhoff (Buchhandel) geben Einblick in ihre Arbeit und verraten, wie sie Bilder für Kinder lebendig werden lassen. Vollends in Bewegung geraten Bilderbücher auf Papiertheaterbühnen, wie eine Aufführung von Rüdiger Koch (Papiertheater IN-VISIUS) zeigt.

Das Seminar richtet sich an PädagogInnen und andere VermittlerInnen von Kinder- und Jugendliteratur. Die Teilnahmegebühr beträgt 195 Euro (inkl. Unterbringung im Einzelzimmer und Verpflegung).

Dies und Das

Die Veranstaltung wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Programm und Anmeldung:

Arbeitskreis für Jugendliteratur

Metzstr. 14c • 81667 München

Tel.: 0 89-4 58 08 06 • Fax: 0 89-45 80 80 88

info@jugendliteratur.org

www.jugendliteratur.org

ProjektteilnehmerInnen gesucht:

Erlebte Schulgeschichte 1950 bis 1970

Am Lehrstuhl für Schulpädagogik der Universität Würzburg plant man ein Buchprojekt mit dem Arbeitstitel »Erlebte Schulgeschichte 1950 bis 1970«. Ausgangspunkt ist, dass die bayerische Volksschule in den Jahren zwischen 1950 und 1970 eine gründliche Um- und Neugestaltung erfuhr. Das Buch soll Berichte aus dieser Zeit dokumentieren. Intendiert wird die Befragung von bayerischen VolksschullehrerInnen, die zwischen 1950 und 1970 aktiv als LehrerInnen tätig waren.

Die InitiatorInnen rufen deshalb KollegInnen, die diesen Wandel der bayerischen Volksschule hautnah miterlebt und mitgestaltet haben, auf, sich an diesem Projekt zu beteiligen.

Wer sich daran beteiligen will, möge sich bitte mit den InitiatorInnen in Verbindung setzen. Dabei wird um folgende Angaben gebeten: Vor- und Zuname, Geburtsjahr, Im Schuldienst von ... bis ... / Zuletzt ausgeübte Funktion, Anschrift, Telefon/Fax/E-Mail.

Zuschriften bitte an:

Lehrstuhl für Schulpädagogik

an der Universität Würzburg

Dr. Ina K. Uphoff

Wittelsbacherplatz 1 • 97074 Würzburg

ina.uphoff@gmx.net

»Mobile Sonderpädagogische Dienste in Bayern«

Kongress in München am 12.10.2006

Die Abteilung Präventions-, Integrations- und Rehabilitationsforschung am Department für Pädagogik und Rehabilitation der LMU München veranstaltet in Kooperation mit dem Bayerischen Kultusministerium den Kongress »Mobile Sonderpädagogische Dienste in Bayern«.

Das Programm des Vormittags bietet Referate zu den Themen »Mobile Sonderpädagogische Förderung in Bayern – ein aktueller bildungspolitischer Überblick (MR Erich Weigl, StMUK), »MSD in Bayern – Geschichte und konzeptioneller Entwicklungsstand« (Dr. Bruno Schor, ISB) und »MSD in Bayern aus Sicht der Lehrkräfte – Ergebnisse einer LehrerInnenbefragung (Prof. Dr. Ulrich Heimlich, LMU). Der Nachmittag bietet Workshops mit ReferentInnen aus der MSD-Praxis zu den Themen »Beratung«, »Förderdiagnostik«, »Fort- und Weiterbildung«, »Kooperation« und »MSD in unterschiedlichen Förderschwerpunkten«. Den Abschluss bildet eine Podiumsdiskussion. Begleitend findet eine Ausstellung mit ausgewählten Praxisprojekten statt. Unkostenbeitrag: 20 Euro. TeilnehmerInnen erhalten Essensgutscheine. Weitere Informationen gibt es unter: lkp@spedu.uni-muenchen.de

Schulleitungssymposium 2006 Erfurt

Das Schulleitungssymposium und Internationale Seminar 2006 »Eigenverantwortliche Schule – Herausforderungen für Schulleitung« widmet sich der zentralen Rolle von Schulleitung in Hinblick auf Entwicklung und Sicherung von Schulqualität. Es gilt, aktuelle Themen und Schwerpunkte aus den Bereichen Schulqualität, Schulentwicklung, Schulmanagement zu diskutieren und professionelle Kontakte und Netzwerke zu initiieren und zu unterstützen. Näheres:

www.schulleitungssymposium.de



Jenaplan-Schule Nürnberg

– eine starke Alternative

Haben Sie Interesse an projektorientierten Arbeitsformen in kleinen, jahrgangsübergreifenden Stammgruppen, an sozialpädagogischer Unterstützung und an einem Klima gegenseitiger Wertschätzung in einer engagierten Schulgemeinde?

Die Jenaplan-Schule Nürnberg sucht ab 2006/07 eine(n) engagierte(n) Grundschullehrerin / Grundschullehrer, die/der das Modell einer freien, reformpädagogischen Schule verantwortungsbewusst mitgestaltet. Wir freuen uns auf Ihre aussagekräftige Bewerbung.

Jenaplan-Schule, bereitet auf das Leben vor, indem sie stark macht!

Jenaplan-Schule Nürnberg

Billrothstr. 16

90482 Nürnberg

Tel. 0911 - 891 58 97

Fax. 0911 - 891 58 95

direktorat@jenaplan.org

www.jenaplan.org

Von Bologna bis Bayern ...

... und weit darüber hinaus soll bis 2010 ein »Europäischer Hochschulraum« entstehen. Dies hat Konsequenzen für die Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen.

Deshalb lädt die GEW Bayern zu einem ersten Gespräch zum Thema Lehrer- und Lehrerinnenbildung ein. Es findet statt am

Freitag, 12. Mai 2006 von 16.00 bis ca. 19.30 Uhr

im DGB-Haus in München, Schwanthalerstraße 64

Dr. Claudia Kleinwächter, Referentin für den Bereich Hochschule und Forschung beim GEW-Hauptvorstand in Frankfurt, wird ins Thema einführen: »Lehrer- und Lehrerinnenbildung nach »Bologna«. Welche Konzepte gibt es bei der KMK und in den Bundesländern?«

Prof. Dr. Guido Pollak von der Universität Passau wird die geplanten Änderungen der Lehrer- und Lehrerinnenbildung in Bayern darstellen und kritisch bewerten.

Ulrike Gote, MdL, wird die Kritik der »Grünen« daran und die Vorstellung ihrer Fraktion erläutern.

In der Diskussion wollen wir an- und abschließend eine mögliche Position der GEW Bayern zur Lehrer- und Lehrerinnenbildung entwickeln. Wir würden gern in einer großen Runde diskutieren und laden alle Interessierten herzlich ein.

Anmeldung bitte bis 7. Mai an die Geschäftsstelle:

per Post: GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München, Fax: 089-5 38 94 87 oder e-mail: sg@bayern.gew.de

Interessante Veranstaltungen ab Mai 2006

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41/79 36 95, E-mail: gew21972@aol.com

11.05.06	Möglichkeiten eines Wissenschaftstarifvertrages. Was bietet der TVöD? Was müssen wir darüber hinaus tun? Mit Dr. C. Kleinwächter, GEW-Hauptvorstand. Info: sabineherzig@yahoo.com	Informations- und Diskussionsveranstaltung	München DGB-Haus, 18.30 Uhr
12.05.06	Von Bologna bis Bayern ... Konsequenzen des »Europäischen Hochschulraumes« für die Ausbildung von PädagogenInnen. Mit Dr. Claudia Kleinwächter (GEW Hauptvorstand), Prof. Dr. Guido Pollak (Universität Passau), Ulrike Gote (MdL, Grüne), *	Informationsgespräch und Podiumsdiskussion	München DGB-Haus, 16.00 - 19.30 Uhr
15.05.06	Selbstständige Schule. Voraussichtlich mit Film + Diskussion Anmeldung/Auskunft: WoframWitte@gmx.net	Infoabend der FG Sonderpäd.Berufe	München DGB-Haus, 18.30 - 20.30 Uhr
16.05.06	Theorie, Bilanz und Perspektiven des Kapitalismus. Mit Prof. Georg Fülberth, Universität Marburg	Infoveranstaltung	Nürnberg DGB-Haus, 19.00 Uhr
20.05.06	Wie Schulen gelingen: Mit der Ganztagschule ernst machen. Veranstalter: Stadt Fürth, GEW Bayern, BEV und LSV	Fachtagung	Fürth 11.00 - 17.00 Uhr HS an der Soldnerstraße 60
20.05.06	Neu als KlassenlehrerIn. Workshop der Jungen GEW zu Fragen von Organisation, Pädagogik u.a. */**	Workshop	Nürnberg DGB-Haus, 14.00 - 18.00 Uhr
20.05.06	Einführung in den Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD). Mit Hans Schuster, Justiziar der GEW Bayern *	Tagesschulung	München DGB-Haus, 10.00 - 16.00 Uhr
25.-28.05.06	Mai-Meeting, Schaufenster der Gewerkschaftlichen Bildungsarbeit: Workshops zu Teamarbeit/E-learning/Konfliktlösung/Arbeitsplatz Schule/Psychomotorik. */** Anmeldung/Veranstalter: GEW-HV: mai-meeting@gew.de	Workshops	Bad Herrenalb Schwarzwald
21.06.06	cool@school - Vorstellung eines Projektes der Brücke e.V. zur Gewaltprävention an Schulen.	Infoveranstaltung	Aschaffenburg DGB-Haus, 20.00 Uhr
24.06.06	Einführung in den Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD). Mit Jockel Graf, GEW München und Günther Schedel-Geschwendtner, GEW Bayern *	Tagesschulung	Nürnberg Tagungsort bitte erfragen 10.00 - 16.00 Uhr
26.06.06	Altersvorsorgemöglichkeiten für BeamtInnen und Angestellte. Anmeldung/Auskunft: WoframWitte@gmx.net	Infoabend der FG Sonderpäd.Berufe	München DGB-Haus, 18.30 - 20.30 Uhr
29.06.06	Die Ganztagslüge – wie in Bayern Schüler und Eltern verschaukelt werden. Mit Marianne Demmer, Stellvertretende Bundesvorsitzende der GEW	Infoveranstaltung	Nürnberg DGB-Haus, 19.00 Uhr
07.-08.07.06	Neumitgliederseminar. Personal, Programm und Politik der GEW *	Seminar	Würzburg
23.07.-06.08.06	GEW-Masuren-Projekt in Litauen – Seminar und Sprachkurs, gemeinsam mit polnischen und litauischen GewerkschafterInnen. */** Info/Anmeldung: karin.gaines@gew.de	Seminar/ Sprachkurs	Litauen
29.-30.07.06	Wes' Brot ich ess', des' Lied sing' ich noch lange nicht! Kultur und Bewegung, Begegnung und Workshops mit Liedermachern. Besuch des Nürnberger Bardentreffens. Anmeldung: rfrankl@gew-unterfranken.de */**	Sommerseminar der GEW Aschaffenburg	Nürnberg

München: siehe immer auch: www.gew-muenchen.de. Weitere Informationen über unsere Mailinglist, Eintrag jederzeit widerruflich! Bitte per e-mail anfordern.

* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben über:

GEW-Büro z. Hd. W. Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41-79 36 95, E-mail: GEW21972@aol.com

** Teilnahmegebühr

Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im Mai Geburtstag feiern, ganz besonders

Franz Ludwig Kittel, Schweinfurt, zum **87.**

Gerhard Schmidt, Cham, zum **84.**

Grete Wälzlein, Bad Füssing, zum **83.**

Josef Kirchner, München, zum **82.**

Dr. Werner Mangold, Erlangen, und

Adam Stupp, Möhrenhof, zum **79.**

Eva Sengle, Füssen, zum **78.**

Heinz Colditz, Fürth, zum **73.**

Hedwig Grimm, Schweinfurt, zum **72.**

Gerlinde Lippmann-Sharm, Nürnberg,

Ingrid Rohn, München, und

Wolfgang Schmidt, Nürnberg, zum **71.**

Heinz-Dieter Arbeiter, Nürnberg, zum **70.**

sowie zum **65.**

Ursula Leppert, München,

Henriette Runge, Aschaffenburg,

Manfred Burbiel, Taufkirchen,

Wolfgang Goerner, Bad Kissingen,

Rainer Hamp, Neuburg,

Heinrich Schmitt, München, und

Adolf Trumpp, München.

Herzlichen Dank

sagen wir allen, die der Gewerkschaft
seit vielen Jahren die Treue halten.

Im Mai gilt unser Dank ganz besonders

für **60 Jahre** Mitgliedschaft, **Josef Kastner**, Bayreuth,

für **58 Jahre** Mitgliedschaft, **Herwarth Stadler**, Peißenberg,

für **51 Jahre** Mitgliedschaft, **Praxedis Aehlig**, Deisenhofen,

für **40 Jahre** Mitgliedschaft, **Prof. Hanne Ketting**, München,

für **35 Jahre** Mitgliedschaft,

Ilse-Marie Sebbeße, München,

Roswitha Träger, Fürth,

Georg Glasl, München,

Gerhart Gradenegger, Würzburg,

Udo Meyer, Fürth,

Eberhard Rauch, Goldbach, und

Bernhard Scholz, Gauting.



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) ist im Internet unter www.AJuM.de (Datenbank) oder www.LesePeter.de abrufbar.

Im April 2006 erhielt den LesePeter das Bilderbuch

René Mettler:

Die Natur ganz nah und weit weg

Aus dem Französischen von Leonie Jakobsen.

Carlsen • Hamburg 2006 • 40 Seiten/geb. • 14,00 Euro

Das großformatige Bilderbuch zoomt sich Seite für Seite aus einem Detail (Kirschen am Baum) bis in die Buchmitte (Landschaft aus der Luft) und wieder hinein, so dass das erste Bild sehr ähnlich ist dem letzten (rote Himbeeren). Dabei geht der Blick aus einer gestalteten in eine Naturlandschaft. Tolle Rot-Grün-Kontraste!

Im Mai 2006 erhält den LesePeter das Kinderbuch

Dagmar H. Mueller:

Die Hälfte des Himmels gehört Bo

Illustrationen von Michael Bayer

Thienemann Verlag • Stuttgart 2006 • 220 Seiten • 12,90 Euro

Nach der Beerdigung steigt ein Luftballon mit einem Zettel in die Luft: »Am 16. Dezember starb mein kleiner Bruder. Er war erst sechs Jahre alt. Aber er war der beste Bruder, den man nur haben kann. Ich wünschte, ihr hättet ihn gekannt.« Martha erzählt die anrührende Geschichte, wie Bo sich »die Hälfte des Himmels« erobert und die Familie damit fertig wird.

Die GEW bietet für alle Interessierten – ob angestellt oder verbeamtet – zwei Tagesschulungen an:

Einführung in den TVöD – Tarifvertrag öffentlicher Dienst

Samstag, 20. Mai 2006 in München

10.00-16.00 Uhr, Gewerkschaftshaus

Referent: Hans Schuster

(Anmeldung: bis 15. Mai 2006 in der Landesgeschäftsstelle)

Samstag, 24. Juni 2006 in Nürnberg

10.00-16.00 Uhr, Ort bitte erfragen: 0 89-5 44 08 10

Referenten: Jockel Graf und Günther Schedel-Gschwendtner

(Anmeldung: bis 19. Juni 2006 in der Landesgeschäftsstelle)

Wirtschaftslexikon für SchülerInnen, Studierende und PraktikerInnen

Das im dtv-Verlag erschienene und in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit gut eingeführte Wirtschaftslexikon von Werner Rittershofer liegt nunmehr in seiner dritten Auflage vor. Es ist inhaltlich wesentlich erweitert und aktualisiert (Stand Juli 2005).

Das Lexikon umfasst ein in sich geschlossenes System von Querverweisen sowie Verweise auf die Rechtsquellen. Bei vielen Fachbegriffen gibt es Hinweise auf weiterführende Internetadressen.

Erläutert werden mehr als 4000 Fachbegriffe aus den Gebieten

- Wirtschafts- und Finanzpolitik
- Arbeits- und Sozialrecht
- Managementbegriffe, Betriebs- und Volkswirtschaft
- Finanzen und Börse
- Internet und Informationstechnologie
- Europäische Institutionen und Rechtsbegriffe
- Umweltrecht und Umweltpolitik

Geschrieben wurde das Buch für PraktikerInnen sowie für SchülerInnen der Oberstufen und Studierende der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Der Autor Werner Rittershofer war bis 1999 Leiter der Wirtschaftsabteilung bei der Deutschen Postgewerkschaft.

Wirtschaftslexikon – Über 4000 Stichwörter für Studium und Praxis von Werner Rittershofer • 3. Auflage 2005 • Beck-Wirtschaftsberater im dtv. ISBN 3 423 50844 2. Der Ladenpreis beträgt 20 Euro.

GEW-Stammtische ... GEW-Stammtische ... GEW-Stammtische ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/III., 93055 Regensburg, ☎ / Fax 09 41/79 36 95, e-mail: gew21972@aol.com

Augsburg jeden 1. Schuldonnerstag im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Ulli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

Aschaffenburg Mitgliederversammlung jeden 1. Schul-Mittwoch, 20.00 Uhr, DGB-Haus; Mittwoch danach, 20.00 Uhr, Stammtisch, Pizzeria Venezia
Kontakt: Reinhard Frankl, ☎ 0 60 95/99 50 49

Bad Neustadt Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bad Tölz/Wolfratshausen jeden letzten Donnerstag im Monat 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

Bayreuth jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Herpichs Brasserie, Schulstr. 23, Bayreuth
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90

Coburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Naturkostrestaurant »Tief«
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

Donau-Ries/Dillingen monatlich Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

Erlangen jeden 1. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Gärtla
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, DreiBauernStüberl
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

Fürth jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt jeden 3. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ölbaum (a.d. Schleifmühle)
Kontakt: Bruno Appel, ☎ 08 41/5 46 83

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

Main-Spessart Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos ☎ 0 93 52/57 68
oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen nach Absprache
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

München Aktion Butterbrot
Treffen im DGB-Haus, Termine: www.aktionbutterbrot.de
Kontakt: aktion-butterbrot@web.de

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München GEW-Hochschulgruppe im AK Gewerkschaften
Offene Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, AStA der LMU, danach ab 22.00 Uhr Stammtisch im EineWeltHaus
Kontakt: gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de

München Lehramtskampagne an der Uni
Sprechstunde Dienstag 14.00 - 16.00 Uhr in der SIB um AStA der LMU, Leopoldstr. 15, 80802 München
Kontakt: lanas@stuve.uni-muenchen.de und siris@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Wolfgang Kirschner, ☎ 0 91 81/2 00 58

Neu-Ulm/Günzburg monatlich, Termin auf Anfrage
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick
jeden Dienstag, 21.00 Uhr, Heimat, Eberhardshofstraße
Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 11/6 58 90 10

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Paulaner Garten (ehem. Paradiesgarten)
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Brauhaus am Markt
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Starnberg jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Herrsching, KommHer, Luitpoldstraße, alte Volksschule
Kontakt: Werner Siegl, ☎ 0 81 52/35 06

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Traunstein jeden 2. Montag im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Schnitzelbaumer
Kontakt: Manfred Doetsch, ☎ 08 61/86 74

Unterallgäu/Memmingen jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Parkhotel a.d. Stadthalle
Kontakt: Bertram Hörtensteiner, ☎ 0 83 32/64 66

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Manfred Loy, ☎ 0 91 41/24 93

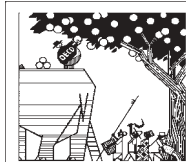
Würzburg jeden 2. Dienstag (ab 1. Schuldienstag nach Ferien), 20.30 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Rudolf Brandenstein, ☎ 0 93 33/5 22

**Telefonische Sprechzeiten der GEW Rechtsstelle
mit Beratung für GEW-Mitglieder:
montags und donnerstags von 13.00 bis 16.00 Uhr
Telefon: 0 89-54 37 99 59
Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!**

ISW analysen, fakten & argumente
institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

DIE ENTEIGNUNG DES SÜDENS

Die Ausbeutung der armen Länder
in der neoliberalen Globalisierung



ISW REPORT NR. 65
institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.

Der Autor Franz Garnreiter belegt mit einer Fülle an Material, dass mit dem Fortschreiten der neoliberalen, von Transnationalen Konzernen getriebenen, Globalisierung Armut und Arbeitslosigkeit global zunehmen – sowohl in den armen Ländern des Südens, wie in den Industrieländern des Nordens.

isw-report 65
April 2006 / 40 Seiten / 3,00 EUR zzgl. Versand

Ebenfalls neu erschienen:
**isw-wirtschaftsinfo 38:
Bilanz 2005 – Ausblick 2006**
Unter 17 Stichworten/Kapiteln Fakten und Argumente zur wirtschaftlichen Situation. Anschaulich aufbereitet mit vielen Grafiken und Tabellen
April 2006 / 60 Seiten / 5,00 EUR + Versand

Gesamtprogramm anfordern, Bestellungen

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.
Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München
fon: 089-130041, fax 168 94 15, email: isw_muenchen@t-online.de
www.isw-muenchen.de

www.bayern.gew.de ... www.bayern.gew.de ... www.bayern.gew.de